

## Der Ablauf der Reichstags-Session.

Unser Berliner — Correspondent schreibt:

Wie in allen Jahren, wenn die Parlaments-Sessionen sich ihrem Ende zuneigen, die Mitglieder den Schluss herbeisehnen, so geschieht es auch in der gegenwärtigen Session des Reichstages, daß seit gestern keine Frage mehr ventiliert wird, als jene nach dem Schluss der jetzigen Reichstags-Session. Man wünscht allgemein, denselben schon mit dem Ablauf der nächsten Woche herbeiführen zu können, doch wird dies von vielen Seiten bezweifelt. Die Hauptaufgabe bleibt die Beratung und Beschlussfassung bez. der Handelsverträge. Ist dies vollbracht, so hat die Regierung wohl kaum mehr ein Interesse daran, den Reichstag ohne Noth hier aufzuhalten. Das Abkommen mit Hamburg könnte doch selbst in dem, an sich wenig wahrscheinlichen Falle, daß die Hamburger Bürgerschaft denselben schon in der ersten Sitzung annehmen möchte, nicht mehr an den Reichstag gelangen, da sich doch der Bundesrath darüber zuerst noch schlüssig zu machen hat. Von den übrigen schwebenden Arbeiten dürfte doch keine zu greifbaren Resultaten führen.

Ueber das Unfall-Versicherungs-Gesetz wird sich der Bundesrath nach der zweiten Lesung schlüssig machen und, wie vorausgesehen ist, dasselbe ohne Staatszuschuß für unannehmbar erklären. In diesem Falle wird die dritte Lesung kaum viel Zeit beanspruchen und der Sessionsschluss allerdings wesentlich früher herbeigeführt werden können.

Mit ziemlicher Bestimmtheit verlautet und zwar zu allgemeiner Ueberraschung, daß den Reichstag auch noch die Handelsconvention mit Rumänien vor Ablauf der Session verpagt werden soll. Man wird sich erinnern, daß diese Angelegenheit vor 3 Jahren im Reichstage beraten wurde und dort Schmachgefeiten begegnete, weil den Juden nicht gleiche Rechte wie den übrigen Kaufleuten zugesprochen werden sollten. Man wünschte im Reichstage in dieser Richtung eine unabweisende Fassung des Vertrages, weil man bei den vorgelegten Bestimmungen die Möglichkeit einer Benachtheiligung deutscher Kaufleute voraussetzen konnte. Trotz lebhafter Befürwortung der unveränderten Annahme des Vertrages durch den damaligen Staatssecretär des Auswärtigen, Staatsminister von Bülow, wurde der Vertrag an eine Commission verwiesen, von welcher er dann nicht erledigt wurde. Jetzt soll nun diese Angelegenheit noch kurz vor Schluss der Legislaturperiode zum Abschluss gebracht werden.

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

57. Sitzung vom 10. Juni.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: v. Bötticher, Rohmann u. A. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Nachtrags-Etats, und zwar speciell der Forderung von 84,000 Mark für den deutschen Volkswirtschaftsrath; die Commission beantragt die Bewilligung der Forderung.

Referent Abg. Frege: Die Bedenken der Gegner der Regierungsvorlage bestehen im Wesentlichen darin, daß bei der Art der Berufung des deutschen Volkswirtschaftsraths große Industriegebiete unterbieten bleiben oder sogar abhändlich übergegangen werden könnten, wie es beim preussischen Volkswirtschaftsrath schon der Fall sei. Der Volkswirtschaftsrath, wurde ferner eingewendet, würde nur eine Scheininstitution sein, falls er seine Selbstständigkeit verliere und es würde ein Odium auf den Reichstag fallen, wenn er auf ungeliebliche Gutachten Rücksicht zu nehmen habe. Zudem sei eine solche Institution, die lediglich den Charakter eines Nebenparlamentes haben würde, überflüssig, da eine große Zahl landwirtschaftlicher Vereine, von Handels- und Gewerbevereinen, die neu hinzukommenden Innungen das Bedürfnis decken könnten. Ein Mitglied der Commission erklärte sich zur Bewilligung der geforderten Summe bereit, falls dieselbe für einzelne Enqueten verwendet werden sollte. Von Seiten der Regierung wurde betont, daß sie den Volkswirtschaftsrath gar nicht bedürfe, falls sie nur ihre eigene Meinung hören wolle. Gerade diese Vorlage beweise, daß sie nicht einseitig die Gegenseitigen vorbereiten wolle. Eine gegenseitige Constitution dieser Institution empfehle sich aber deshalb nicht, weil die Sache noch im Fluss sei. Die geforderte Summe werde genügen, da dem deutschen Volkswirtschaftsrath die nöthigen Localitäten für ihre Sitzungen innerhalb des Reichstages und des Reichsamts des Innern zu Gebote ständen. Von den Freunden der Vorlage wurde die Rechtsfrage dahin beantwortet, daß es sich nicht um einen neuen gesetzgebenden Factor, sondern um einen Beirath für die Regierung handle. Daß die neue Institution nicht Politik treiben solle, wurde von allen Seiten gewünscht. Die deutschen Enqueten seien noch nicht so ausgebildet wie die anderer Länder; sie seien auch schwerer zu hören als der Volkswirtschaftsrath, da die Regierung erst aus dem großen Material der Enqueten das Facit ziehen müsse. Das waren im Wesentlichen die Gründe der Majorität der Commission; ich empfehle Ihnen die unveränderte Annahme der Vorlage.

Abg. Reichensperger (Greifeld): Auch nach Ansicht der Regierung ist diese Materie noch nicht spruchreif; es wäre also das Beste, erst einmal abzuwarten und zu sehen, was der preussische Volkswirtschaftsrath zu leisten im Stande ist, in welcher Weise er das Publikum und die Regierung befriedigt. Was der preussische Volkswirtschaftsrath bisher geleistet, ist nicht sonderlich geeignet, Vertrauen zu seinen Arbeiten zu erwecken. (Zustimmung.) Ich wiederhole also: warten wir ab! Bedenklich ist für mich namentlich das Uebergewicht, welches Preußen vor den übrigen deutschen Staaten im Volkswirtschaftsrath gegeben wird. Preußen hat mehr als die Hälfte sämmtlicher Stimmen. Dann aber fürchte ich, daß der Volkswirtschaftsrath ein Abzugscanal für gute, in Landwirtschaft und Gewerbe erprobene Reichstags- und Landtagsabgeordnete sein wird, an denen unsere Parlamente jetzt schon Mangel haben. Es handelt sich hier zwar nur um eine unbeträchtliche Summe, aber wer den Pfennig nicht spart, wird es nicht leicht zu einem Thaler bringen. Ich bitte, es mit diesen 84,000 Mark nicht so leicht zu nehmen. Warum sollen wir hier nicht Defonomie üben? Die Gemeinwesen, die Communal- und Provinzial-Verwaltungsfunktionen, die mindestens ebenso schwer und angreifend sind wie die des Volkswirtschaftsraths, sind unbefolgt. Ferner fürchte ich, daß auch das religiöse Moment bei der neuen Institution in die Waagschale fallen wird. Beim preussischen Volkswirtschaftsrath hat man den weitverbreiteten, verdienten katholischen Gesellenverein nicht berücksichtigt. Schon aus diesem Grunde wünsche ich, daß erst Klarheit eintritt. Einweilen kann ich nicht anders, als der Vorlage ein entschiedenes „Nein“ entgegenzusetzen.

Abg. v. Schorlemer-Mast: Ich für meine Person werde für die Vorlage stimmen. Die Einrichtung des Volkswirtschaftsraths ist ein beachtenswerther Versuch, die realen Interessen bei Vorlegung der Gesetzesvorlagen zum Worte kommen zu lassen, ehe dieselben in den Kampf der politischen Parteien geworfen werden. Die Bevölkerung ist des politischen Habers herzlich satt, sie will eine bessere und intensivere Vertretung seiner realen Interessen, die Abwendung des drohenden wirtschaftlichen Ruins. Nun hat der Abgeordnete Braun von einem Reformparlament gesprochen, welches dem Landesparlament gegenüber stehen würde. Hat er nicht den Beschluss eines anderen Nebenparlamentes, des Congresses deutscher Volkswirthe im Parlament zum Durchbruch gebracht, den Beschluss nämlich, daß milde Stimmungen nach einer gewissen Frist unter die Staatsverwaltung genommen werden sollten, entgegen dem Willen der Stifter. Der Volkswirtschaftsrath ist kein Nebenparlament, sondern ein Beirath, den die Regierung beruft, um die Vorlagen in angemessener Weise vorzubereiten. Bei Enqueten hat es die Regierung noch mehr in ihrer Hand, um ihre eigene Meinung zu hören,

als beim Volkswirtschaftsrath. Dieses politische Bedenken wäre aber gerechtfertigt, wenn wir den Volkswirtschaftsrath gesetzlich fixiren wollten, denn es könnte leicht ein Wandel in demselben eintreten. Durch die Bewilligung der Summe behalten wir uns aber das Recht der Verweigerung vor. Gefällt uns diese Institution nicht, so können wir die Position im nächsten Jahre streichen. Das abfällige Urtheil über den preussischen Volkswirtschaftsrath kann ich nicht theilen. Ich glaube, derselbe hat bisher sehr fleißig gearbeitet. Es hat mich gerührt, daß uns der Abg. Braun in dieser Frage Sparsamkeit empfohlen hat. Als die Liberalen am Ruder waren, hat man von Sparsamkeit wenig gemerkt. Wie ist im Culturkampf das Geld zum Fenster hinausgeworfen worden! Ich erinnere Sie an die Einführung der Goldwährung, an die Bewilligungen für die Armee, an die Verstaatlichung der Eisenbahnen, vor Allem an den durch die Actiengesetzgebung bewirkten Gründerwindsturm. (Zustimmung.)

Herr Braun beklagte ferner, daß wir jetzt für unser Geld beschimpft werden. Als wir in der Hochfluth des Culturkampfes dieselbe Lage führten, waren jene Herren stumm. Ich kann übrigens nicht sagen, daß in allen liberalen Blättern ein Salonien herrscht. Der Zolltarif soll mit affenartiger Geschwindigkeit hergestellt sein. Ich bestreite das. In der kurzen Zeit von 1873 bis 1876 wurden aber nicht weniger als 32 Culturkampf-Gesetze gemacht, allein im Jahre 1873 13 Stück. (Hört! hört!) Durchschlagend ist für mich, daß die Einrichtung des Volkswirtschaftsraths des bundesstaatlichen und föderativen Charakters des Deutschen Reiches entspricht. Durch das Uebergewicht Preußens wird hieran nichts geändert. Sollte er aber nicht ins Leben gerufen werden, so wird der preussische Volkswirtschaftsrath nach wie vor arbeiten; es werden also auch die deutschen Reichsgesetze einseitig vom preussischen Volkswirtschaftsrath beraten und festgestellt werden. Damit werden natürlich die Interessen der anderen Bundesstaaten nicht nur vernachlässigt, sondern auch bedenklich geschädigt werden. Jetzt können sie doch wenigstens gehört werden, und ich bin überzeugt, sie werden sich in angemessener Weise Geltung verschaffen. Ich möchte Ihnen also gerade von dem Gesichtspunkte aus, daß das übrige Deutschland nicht von Preußen in dieser Beziehung aufgekauft werde, die Annahme der Vorlage empfehlen. (Beifall.)

Abg. v. Bennigsen: Ich kann mich im Namen der ganz überwiegenden Mehrzahl meiner Freunde, vielleicht einzelne Ausnahmen abgerechnet, gegen die Vorlage erklären. Ich kann mich zunächst denjenigen anschließen, was der Abg. Reichensperger vorhin erklärt hat, daß kein Bedürfnis vorhanden ist, in den letzten Tagen dieser Session noch eine solche Bewilligung auszusprechen, und daß man erst abwarten sollte, welche Bedeutung der Volkswirtschaftsrath haben wird. Ich stimme auch im Wesentlichen mit einigen staatsrechtlichen Bedenken, die der Abg. Windthorst bei der ersten Lesung dieser Vorlage ausgesprochen hat, überein, obgleich ich nicht so weit gehe, daß ich eine sehr gefährliche Bedeutung dieser ganzen Institution beimehle. Es ist ja richtig, hier wird ein parlamentarischer Körper beabsichtigt, der, wenn er einen sehr großen Einfluss entwickeln sollte, wenn an ihn sich bedeutende politische Strömungen etwa anschließen und in ihm seine Stütze finden würden, unter Umständen den Parlamenten der Einzelstaaten, auch dem Reichstag gefährlich werden könnte, und so weit man das besorgt, würden wir ja thöricht handeln, wenn wir noch mehr wie in Preußen, hier im Reichstag sogar, noch Geld bewilligen wollten, um im Ordinarium des Etats eine Institution zu schaffen, die unter Umständen gegen uns benutzt werden könnte. Aber für so gefährlich halte ich diese Institution nicht. Hier im Reichstag sind alle Interessen, die man in dem Volkswirtschaftsrath zusammenberufen will, auch vertreten, und gerade das Interesse ist ganz besonders vertreten, für welches der Herr Vorredner noch eine besondere Berücksichtigung in der Gesetzgebung und Verwaltung und eine besonders einschneidende Vertretung in den Parlamenten vermisst. (Sehr wahr! einst.)

Ich mache doch den Herrn Abg. v. Schorlemer darauf aufmerksam, daß die Zahl der Grundbesitzer, großen und mittleren, hier im Reichstag und im preussischen Abgeordnetenhaus — in den übrigen Landesvertretungen kann ich die Zahl nicht so genau übersehen — verhältnismäßig die bei weitem größere ist (Sehr wahr! links) gegenüber jeder anderen Berufs- und Standesklasse (Zuruf); ich sage von Landwirthen überhaupt, große und mittlere zusammen genommen, wenn man daneben berücksichtigt, daß ja auch eine große Zahl von Beamten, die, sei es in der Regierung, sei es als gewählte Vertreter bei Beratung und Entscheidung mitwirken, auch zugleich Grundbesitzer sind. Nicht bloß das, sondern — Namen brauche ich ja nicht zu nennen, ich könnte z. B. an Herrn v. Schorlemer anknüpfen — gerade unter den einflussreichsten und maßgebendsten Personen im preussischen Abgeordnetenhaus und Reichstag sind ja Grundbesitzer, die auch als solche ihre Interessen sehr wohl wahrzunehmen wissen, auch in ihren Berufskreisen die gehörige Autorität besitzen. Also, wenn da eine besondere Vertretung dieser Interessen mehr wie bislang erforderlich ist, so mag die sich doch zunächst adressiren und stützen auf diejenigen, die in so großer Zahl, mit so einflussreichen Stimmen in den parlamentarischen Körpern schon vorhanden sind. Was im Uebrigen die Vertretung der besonderen Interessen anlangt, welche der Herr Vorredner vermisst — auf die Landwirtschaft hat er ja nur exemplarisch als eine der ihm am nächsten liegenden Berufs- und Interessengruppen — so mag das allerdings sein, daß in denjenigen Zeiten, in denen unser Verfassungsleben in Deutschland vorbereitet ist, in denen die Grundlage unserer Verfassung in den einzelnen Ländern und im Reich geschaffen ist, in denen der Durchbruch und die Sicherheit erfolgen mußte für diese Veränderungen unseres ganzen staatsrechtlichen Zustandes, daß da die wirtschaftlichen und politischen Interessen unter der Bedeutung dieses großen historischen Kampfes zurücktraten und zurücktreten mußten, weil dies vor allen Dingen das Nächste und Wichtigste für uns war, den deutschen Staat mit den verfassungsmäßigen Grundlagen für das Ganze und im Einzelnen festzustellen. Aber auch damals sind die wirtschaftlichen Interessen hinreichend zur Geltung gekommen.

Nun ist anzuerkennen, daß, nachdem wir diese historische Zeit hinter uns haben, andere praktische, namentlich auch wirtschaftliche Aufgaben eine verhältnismäßig größere Bedeutung gewinnen, als früher. Das kann ich auch dem Herrn Vorredner nicht bestreiten, daß das Interesse an der eigentlichen Politik im engeren Sinne, selbst an den Kämpfen der politischen Parteien in unserer Bevölkerung nachgelassen hat — und an und für sich betrachtet, halte ich das für kein Unglück. Jede Zeit hat ihre bestimmte Aufgabe. Man darf das aber nun nicht so behandeln, wie das jetzt vielfach geschieht, wo man mit einer gewissen Verachtung auf alles staatsrechtliche und politische hinblickt und glaubt, diese wirtschaftlichen, diese Interessenfragen wären das Einzige, was einen tüchtigen Mann und ein Volk dauernd bewegen könnte. Nein, so liegt die Sache nicht. Diese Grundlage, die wir gewonnen haben, müssen wir vor allen Dingen unangefastet behaupten (Beifall links), und auf diesen Grundlagen kann der praktische Kampf zweckmäßig nur geführt werden, und wenn man diese Grundlage nicht jeden Tag in Frage stellt, kann auch dieser Kampf über wirtschaftliche und praktische Dinge in eine Bahn geleitet werden, wo nicht die größten Interessen jeden Tag gefährdet werden. Ich möchte also wünschen — und dazu könnte ja der Herr Vorredner und diejenigen, die ihm nahe stehen, auch die Mitglieder auf der anderen Seite, zusammen bilden Sie ja augenblicklich die Mehrheit in diesem Parlamente, viel beitragen, wenn man die wirtschaftlichen und Interessenfragen in einem ruhigen Sinne erörtern und die bedeutenden Interessen, die da hineinspielen, wirklich zur Geltung bringen will in der Gesetzgebung und Verwaltung — daß man diese Fragen abläse von den politischen Kämpfen, und man nicht täglich die ganze Grundlage unserer Verfassung, der mühsam geschaffenen Organisationsgesetze in Frage stelle, wenn es sich um Einzelheiten handelt, welche man durchzusehen sucht, mögen sie mehr oder weniger wichtig sein, mögen sie selbst bis zu einem gewissen Grade mit den Grundlagen der wirtschaftlichen Gesetzgebung zusammenhängen.

Nein, es mehr man alle großen Bedürfnisfragen, wie sie jetzt hervortreten auf wirtschaftlichem, auf socialpolitischem und steuerpolitischem Gebiete, je mehr man sie abläst von den eigentlichen großen politischen Gegenständen und sie für sich zu behandeln sucht, je mehr kann man eine Ausgleichung herbeiführen, und das ist dasjenige, was für ein politisches Parlament die

Hauptaufgabe ist, wo eben in einer politischen Körperschaft die Ausgleichung einzelnen wirtschaftlichen, socialpolitischen und steuerpolitischen Bedürfnisfragen gefunden werden soll. In einer solchen Körperschaft ist die Ausgleichung aber schon viel leichter, wie in einem Parlament, einem volkswirtschaftlichen Parlament, welches aus Interessengruppen zusammengesetzt ist. Wir, wenn wir auch von bestimmten Berufsständen, aus bestimmten wirtschaftlichen Interessengruppen persönlich herkommen, wir haben doch ein politisches Mandat, wir haben die Interessen des Ganzen zu vertreten. Wenn der Mensch auch einmal so beschaffen ist, daß er vielleicht nicht vollständig auseinander halten kann seine socialen und persönlichen Interessen mit den Aufgaben, die er sich stellt für das Ganze, so sollte doch eine solche Körperschaft — und mehr oder weniger wird es auch der Einzelne thun — sich diese Ausgleichung zur Aufgabe stellen. Aber ein Vertreter in einem solchen volkswirtschaftlichen Nebenparlament kann sich eine solche Aufgabe nicht stellen, im Gegentheil, er soll das wirtschaftliche Interesse vertreten. Und was wird der Erfolg sein, wenn sich eben, was man an der Hand der wenigen Monate noch gar nicht übersehen kann, in Preußen oder bei einer ähnlichen Schöpfung im Reich ein solches Parlament nach und nach in seiner Bedeutung verstärken soll, wenn es einen Einfluss gewinnen sollte, nicht bloß auf die Regierung, sondern auch durch die Regierung indirect auf das Parlament, auf den Reichstag?

Dann wird natürlich das Spiel der Gegenseite und der Kampf der Interessen mit einer Leidenschaft in die Körperschaft hineingetragen werden, wie wir kaum an einzelnen Tagen der Tarifberatungen etwas Ähnliches im Reichstage gehabt haben. Und da sage ich doch, da wollen wir lieber derartige Hoffnungen und Verheißungen nicht unterstützen, die darauf hinausgehen, daß bestimmte Interessen, von denen man annimmt, daß sie noch nicht genügend vertreten sind, eine solche spezifische Vertretung finden, wo unter drei oder vier Gruppen, die da sind, noch ganz andere Compromisse und Abstimnungen, Ueberrumpelungen und Unterdrückungen der Minderheit durch die Mehrheit vorkommen können, als in einem Parlament. Nun hat das doch eine geringe Bedeutung, wenn es nichts Anderes ist als ein consultativer Körper, den man berücksichtigen und unberücksichtigt lassen kann. Aber so ist die Körperschaft von demjenigen im Laufe, die sie ins Leben rufen wollen, nicht gemeint. Man wünscht den Schwerpunkt der Entscheidung in diesem Stadium der Vorberatung und den Einfluss der Entscheidung auf die Regierung und durch die Regierung auf das Parlament ganz hineinzuverlegen, und das möchte ich zu vermeiden. Ich fürchte nun nicht, daß die Sache diese Entwicklung nehmen wird und ich fürchte das auch nicht nach der Art und Weise, wie die Sache angelegt ist und auch nicht nach dem, was wir seit November v. J. davon gesehen haben. In der Anlage, welche uns bei dem mündlichen Bericht beiliegt, ist ja der Entwurf der Verordnungen mitgetheilt worden, und danach steht dieser Körper allerdings sehr wenig auf eigenen Füßen selbstständig, wenn er auch mit Hilfe unserer Bewilligung eine Art von Legalisirung im Ordinarium des Etats finden soll. Ob der Körper berufen wird, wann er berufen wird, ob er im Ganzen berufen wird als Plenum oder in seinen Sectionen oder Ausschüssen, das hängt lediglich von dem Reichskanzler ab. Auch die Voraussetzungen, unter denen er berufen werden soll, sind im § 1 sehr wechselnd. Da heißt es also, er soll berufen werden, wenn es sich handelt um Entwürfe von Gesetzen oder Verordnungen, welche wichtige Interessen von Handel, Gewerbe oder der Landwirtschaft betreffen.

Was also wichtig und wichtiger ist, entscheidet im einzelnen Falle der Reichskanzler; er hat aber, selbst wenn er zur Ueberzeugung kommt, daß ein sehr wichtiger Gegenstand vorliegt, nicht einmal die moralische Verpflichtung, den Volkswirtschaftsrath zu berufen, denn es heißt im § 1 nur, „in der Regel“ soll er berufen werden. Das ist nicht etwa nur eine theoretische Betrachtung, denn wir haben seit dem kurzen Bestehen des preussischen Volkswirtschaftsraths erlebt, daß er bei ungemein wichtigen Gegenständen nicht berufen worden ist. Wenn irgend etwas für Handel und Industrie wichtig ist, so sind es die Veränderungen im Tarif, die Handelsverträge mit Oesterreich, Belgien und der Schweiz, und doch hat man es nicht für nöthig gehalten, darüber den Volkswirtschaftsrath zu hören. Eine selbstständige Bedeutung hat diese Körperschaft nicht, und nach diesen Erfahrungen ist es doch sehr bedenklich, um einen Schritt weiter zu gehen als man in Preußen für zweckmäßig erachtet hat und um durch eine Selbstbewilligung im Ordinarium des Etats diese Institution eine gewisse Dauer und Legalität zu geben. Hierin liegt ein großer Unterschied; ich sehe von der Geldfrage ganz ab, denn es handelt sich um eine wirklich untergeordnete Summe, die man für eine wirklich nützliche Institution ohne Bedenken bewilligen könnte. Auf der anderen Seite hat eine solche Bewilligung im Ordinarium des Etats ihre erheblichen Bedenken. Bewilligen wir für diese auf Verordnung beruhende Institution Geld, so wird von anderer Seite mit Recht behauptet werden, daß dieselbe im Wege der Verordnung auch wieder aufgehoben und modificirt werden kann. Wir sind im nächsten Jahr zwar nicht absolut gebunden, die 84,000 Mark zu bewilligen, aber ein gewisses moralisches Engagement übernehmen wir auf jeden Fall. Bewilligen wir aber die Summe nicht, so hört der Volkswirtschaftsrath auf; jedenfalls können wir ihm keine Diäten und Reisekosten mehr zahlen. Zu meiner Verwunderung hat aber der Herr Staatssecretär v. Bötticher den entgegengegesetzten Standpunkt vertreten; ob er sich auch über die Diäten und Reisekosten ausgesprochen, weiß ich nicht.

Sie sehen also, aus der Schöpfung einer solchen Institution entstehen staatsrechtliche Zweifel, da ist ein neues Nest von Conflicten zwischen Bundesrath, Kanzler und der Majorität des Reichstages. Daß dies keine rein theoretische Behauptung ist, sehen wir schon daraus, daß während dieser Session eine Institution, die, ich weiß nicht seit wie langen Jahren, im Etat steht, die Hauptkollaterale in Hamburg aus der Wirklichkeit verschwinden sollten. Inzwischen ist ja eine andere Disposition in Aussicht genommen. Es sollte also in demselben Etat, wo eben dieses Hauptkollat von uns als eine etatsmäßige Institution geschaffen war, mit einer Menge von Beamten im Laufe dieses selben Etatsjahres wieder verschwinden. Am besten wäre es schon, wenn wir einmal diese Institution schaffen wollten, um Verfassungsconflicte zwischen Bundesrath, Kanzler und Reichstag zu vermeiden, dies auf gelegentlichem Wege zu thun. Ich appellire an die Majorität des Hauses, daß sie eigentlich nach dem Beschlusse von gestern kaum anders handeln können, haben Sie doch gestern in einer Resolution beschlossen, in der die Regierung ersucht wird, uns über die Gewerbe-kammern, einer Institution von viel geringerer Bedeutung, eine Vorlage zu machen. Eins erkenne ich mit meinen politischen Freunden an: daß es zweckmäßig ist, Gesetzentwürfe der hier bezeichneten Art sorgfältiger und mehr technisch vorbereitet werden, als wie bislang vielfach geschehen ist (Zustimmung links), daß also nicht bloß bureaukratische, administrative, nicht bloß staatsrechtliche und politische Gesichtspunkte maßgebend sind bei der Bearbeitung im ersten Stadium einer solchen Gesetzgebung; wie daß auch das reiche Feld der Erfahrungen auf den verschiedenen Gebieten der Wirtschaft herangezogen und nützlich verarbeitet werde. Das sind wir bereit zu unterstützen und ich habe gar kein Bedenken auszusprechen, wenn die Regierung in einem nächsten Etat es für notwendig hält, hierfür größere Summen in Anspruch zu nehmen, als sie jetzt vorhanden sind, sei es im Extraordinarium, sei es zur Verstärkung eines Ausgabepostens im Ordinarium, so würden wir kein Bedenken haben, für eine solche technische Vorbereitung von Gesetzentwürfen Gelder zu bewilligen. Solche Enqueten aus den verschiedenen Branchen, die Autorität besitzen und von denen man nach ihrer ganzen Stellung eine gewisse Unbefangenheit voraussetzt (Sehr wahr!), sind viel nützlicher als eine solche aus 125 Personen zusammengesetzte Institution.

Ich will annehmen, daß wirklich diese 125 Personen aus Beamten, Industriellen, Landwirthen und Handeltreibenden zusammengesetzt sind, daß man in ihr die Eite aus ganz Deutschland erblicken kann; nun werden sie berufen in Sectionen oder im Plenum, sie sollen beraten über irgend einen bestimmten Gegenstand, ihre Abstimnungen sollen ein moralisches Gewicht für die Regierung und eine Autorität bilden für die Parlamente: ist da nicht auch bei der ausgezeichneten Auswahl in jedem einzelnen Falle, bei jedem einzelnen Gesetzentwurf zwei Drittel, ja drei Viertel Ballast, die aber mit abstimmen. (Zustimmung.) Da will ich lieber eine kleine



Zahl von Personen, 10 oder 12, für jeden einzelnen Fall zusammenberufen lassen und will ihnen die Mittel bewilligen. Ob das nun wirklich ein sehr geeigneter Weg ist, ein solches Corps von 125 Herren zu berufen, das hat ja in offener Weise der Staatssecretär v. Böttcher ausgesprochen. Ich sage also anknüpfend an die Aeußerung Reichenspergers, daß der Gegenstand wirklich noch nicht reif ist, und daß wir ruhig abwarten können, bis dieselbe Ansicht auf einem anderen Wege in einer anderen Session noch einmal uns beschäftigen wird. Herr Staatssecretär v. Böttcher hat in der vorigen Session gesagt, über die Art der Zusammenfassung des zu schaffenden sachverständigen Organs lasse sich streiten und ob dieselbe zweckmäßig sei und die nöthige Garantie für die Sachkunde der Mitglieder des Volkswirtschaftsraths biete, darüber lasse sich discutiren. Ja, meine Herren, wenn der Staatsmann, der diese Vorlage vorbringt, noch so wenig davon überzeugt ist, daß dies der richtige Weg ist, dann werden Sie es uns nicht verdenken, daß wir uns die Sache in den letzten Tagen der Session noch einmal überlegen, daß wir sagen, die Frage ist nicht reif, den Zweck, der hier beabsichtigt wird, erkennen wir an, in irgend einer passenden Form sind wir bereit, mitzumachen; die Vorlage, wie sie uns gemacht ist, können wir nicht annehmen. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssecretär v. Böttcher: Die Schlussfolgerungen des Vorredners wären berechtigt, wenn es sich hier um die Schaffung eines Nebenparlamentes, einer mit selbstständigen Befugnissen ausgestatteten Körperschaft handelte. Das ist aber nicht der Fall, der Volkswirtschaftsrath soll lediglich einen sachverständigen Beirath bilden. Ich muß die verbündeten Regierungen dagegen verwahren, als ob sie irgendwie gesonnen seien, die politische Wirksamkeit dieses Hauses zu beeinträchtigen. Daß die Zusammenfassung des Rathes, wie sie geplant ist, keine Gewähr für eine sachkundige Beratung der Vorlagen biete, habe ich nicht gesagt, sondern nur die Frage offen gelassen, ob nicht eine zweckmäßigere Zusammenfassung gefunden werden könne. Folgender Passus aus einem Schreiben des Reichskanzlers an die Bundes-Regierungen giebt über Ziel und Zweck der Organisation Aufschluß: „Die Aufgabe des Volkswirtschaftsraths für Preußen ist in § 1 der Verordnung vom 17. November angegeben. Derselbe soll ein technischer Beirath Seiner Majestät des Königs in denjenigen, die wirtschaftlichen Interessen von Handel und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft betreffenden Fragen sein, welche einer Regelung im Wege der Gesetzgebung oder Verordnung unterliegen, und es würde ein deutscher Volkswirtschaftsrath in gleicher Weise informativischen Zwecken für Kaiser und Reich zu dienen haben. Bei Vorbereitung der Gesetze, welche das wirtschaftliche Leben der Nation betreffen, hat es bisher an einer Stelle gefehlt, wo derartige Vorlagen einer geregelten Kritik Sachverständiger aus den zunächst theilhaftigen Kreisen unterzogen werden konnten. Ohne Kenntniß von dem Eindrücke, welchen die beabsichtigten Anordnungen auf die Kreise machen, deren besondere Verhältnisse dadurch berührt werden, konnte bisher Seiner Majestät dem Könige bei der Unterbreitung der Gesetzentwürfe zur Genehmigung deren Zweckmäßigkeit nicht stets das unbedingt erforderliche Maß der Sicherheit gewährt werden.“

Hieraus erhellen Sie, daß jede politische Tendenz fern gelegen hat. Die Auffassung, daß die Bewilligung der erforderlichen Mittel dem Reichstag ein moralisches Engagement für die zukünftige Bewilligung derselben auferlege, kann ich nicht theilen. Zur Zeit hoffen wir zwar, daß der Volkswirtschaftsrath sich bewähren wird. Sollten aber die Befürchtungen des Vorredners wirklich eintreten, so würde es keinem Parlament zu verdenken sein, wenn es die Mittel verweigerte. Es ist davon gesprochen worden, daß, wenn auch die Form Bedenken erzeuge, die Sache selber doch nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen sei. Ich würde nichts dagegen haben, wenn in den Dispositionen und Bestimmungen dieses Titels eine Aenderung etwa dahin vorgenommen würde, daß man die geforderten Summen bewilligt zu Informationen für die Regierung, die sie für die wirtschaftlichen Vorlagen einzuziehen hat; aber das glaube ich nicht versprechen zu können, daß wir diese sachlichen Informationen anderswo suchen werden, als bei einem Collegium von Männern, das aus den verschiedensten Interessengruppen zusammengesetzt ist und sich in Rede und Gegenseite über die wirtschaftlichen Vorlagen der Regierung äußert. Versagen Sie der Regierung die Mittel für dieses der Information bestimmte Institut nicht, Sie werden damit den Interessen des Reichs und der Gesetzgebung am besten dienen. (Beifall rechts.)

Abg. Krenzsch (auf der Tribüne wegen der im Hause herrschenden Unruhe schwer verständlich) empfiehlt die Annahme des Commissionsantrages. Wenn man behauptet, daß der Reichstag in seinen Rechten durch den Volkswirtschaftsrath geschädigt werde, so übersehe man, daß in letzteren nur wirtschaftliche, keineswegs politische Fragen zur Erörterung kommen sollen. Es sei von großem Werth, daß die an den Reichstag kommenden wirtschaftlichen Vorlagen vorher einer Kritik Sachverständiger unterliegen hätten. Für die Institution spreche, daß sich der Handelsrat in seiner Mehrheit für dieselbe erklärt habe. Zwar hätten die großen Städte im Allgemeinen eine ablehnende Haltung angenommen; das sei indessen um so weniger von Bedeutung, als es hier vornehmlich auf die Stellung der Industriebezirke ankomme.

Abg. Richter (Hagen): Herr von Schorlemer sagte, in der liberalen Aera sei so überaus viel verausgabt und verschwendet worden, daß die hier geforderten 84,000 M. dagegen eine Kleinigkeit seien. Ich muß indessen darauf hinweisen, daß Niemand häufiger als wir gegen übertriebene Geldforderungen in der Opposition gestanden hat. In der That handelt es sich bei dieser Organisation um eine Section des Staatsraths, in der dem Bundesrath gegenüber eine Verstärkung des Stimmenverhältnisses zu Gunsten Preußens sich geltend macht. Man sagt zwar, das komme nicht in Betracht, weil die Thätigkeit des Volkswirtschaftsraths sich in dem vorbereitenden Stadium der Gesetzgebung bewege. Daß dies aber keineswegs ohne Bedeutung ist, zeigt unsere Verfassung, welche in den Bundesraths-Ausschüssen, wo jeder Staat nur eine Stimme hat, ein Correctiv gegen die Stimmvertheilung im Plenum geschaffen hat. Ich gehöre nicht zu den besondern Verehrern des Bundesraths, habe aber doch keine Veranlassung, dessen Autorität zu schwächen, um so weniger, da die Institution lediglich zur Verstärkung des Einflusses des Kanzlers beiträgt. Wenn man den Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammenfassung nicht zur Vertretung der realen Interessen geeignet hält, so ändere man dieselbe. Einerseits sitzen allerdings viel abhängige Beamte hier, andererseits ist aber die Zahl der im Leben stehenden Reichen Leute, welche ein Mandat annehmen könnten, bei uns in Deutschland nicht sehr groß; und diese geringe Zahl würde durch die neue Institution noch vermindert werden. Die Klagen des Herrn von Schorlemer über mangelhafte Vertretung der Interessen des Grundbesitzes sind unzutreffend, da wir hier allein, ausweislich der Liste, 148 Güterbesitzer haben. Was allerdings nur gering vertreten ist, das ist der mittlere und kleine Grundbesitz.

Diesem Mangel hat indessen auch der Volkswirtschaftsrath in Preußen nicht abgeholfen. Wenn wir die geforderte Summe einmal bewilligt haben, dann sind wir bezüglich der Ablehnungsfrage im nächsten Jahre in einer weit schwierigeren Lage; es ist daher gerathener, sich von vornherein abzuwehren zu verhalten. Das Interesse an einer besondern Interessenvertretung ist übrigens in dem Volke seit den letzten Reichswahlen ganz geschwunden; auch der bekannte Brief des Reichskanzlers an die Handelskammer in Brauen war keineswegs durch ein Verlangen der Letzteren nach einem Volkswirtschaftsrath veranlaßt; die Herren hatten im Gegentheil nur den Wunsch ausgesprochen, daß die Gesetzentwürfe künftig früher bekannt würden. Der Handelsrat hat f. 3. die officielle Nachricht von der Einrichtung der preussischen Institution mit fähiger Zurückhaltung aufgenommen, und die sächsischen Conservativen haben dieselbe sogar als eine napoleonische Einrichtung zurückgewiesen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß, wenn die Mitglieder des Volkswirtschaftsraths auch nicht als Producenten Sachverständige wären, sie es doch als Conjointen seien. Als solche sind sie aber nicht hineinberufen worden, es müßte dann vielmehr erst ein besonderer Consumtionsrat geschaffen werden. (Heiterkeit.) Wie mangelhaft die Sachkunde im Volkswirtschaftsrath vertreten ist, hat sich bei dem Unfallversicherungsgesetz gezeigt, bei dem es doch hauptsächlich auf das Urtheil solcher Männer ankam, die mit dem Versicherungsweisen vertraut sind; dennoch hat sich kein solches Mitglied in demselben befunden. Das einzige taugliche Mittel, für wirtschaftliche Vorlagen eine brauchbare Basis zu schaffen, sind die Enqueteen; allerdings müßten dieselben nach englischem Muster unter Anwendung des Kreuzverhörs vor sich gehen.

Abg. v. Helledorff (Wehra): Der Vorredner wird die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß von allen wirtschaftlichen Interessen das der Landwirtschaft und besonders des Bauernstandes bisher am wenigsten seine Vertretung gefunden hat. Daß der Volkswirtschaftsrath dem Reichstage ernstlich Concurrenz machen werde, glaube ich nicht, da doch die Competenzen beider völlig verschieden sind. Herr v. Bennigsen hat mit Emphase die idealen Interessen der liberalen Gesetzgebung hervorgehoben. Ich habe aber den Eindruck, als ob dieselben niemals weniger ihre Vertretung gefunden haben, als in jener Aera, und der Kampf, welcher jetzt entbrannt ist, ist eine nothwendige Reaction gegen diese einseitige Interessen-Vertretung. (Beifall rechts.)

In namentlicher Abstimmung wird darauf die Forderung von 84,000 M. mit 153 gegen 102 Stimmen abgelehnt. Gegen dieselbe stimmen die

Fortschrittsparthei, die Nationalliberalen mit Ausnahme des Abg. v. Cuny, die Sectionisten, die Polen-, die Socialdemokraten und die Mehrheit des Centrums; ferner die Abgg. Delbrück, von Dewitz (deutschconservativ) und Stettler (Reichspartei). Für die Forderung stimmen dagegen die Deutschconservativen, die Reichspartei und ein kleiner Theil des Centrums.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Zolltarifs.

Nach den Vorschlägen der Regierung sollen die Zollsätze für unbedruckte und bedruckte Tuche und Zeugwaaren, die jetzt 135 resp. 150 M. betragen, folgendermaßen modificirt werden: Die Waaren werden eingetheilt in gröbere Waaren — mehr als 200 Gr. pro Quadr.-Meter schwer — und feinere Waaren, welche leichter als 200 Gr. pro Quadr.-Meter sind; die groben Waaren sollen auch in Zukunft den Zoll von 135 resp. 150 M. bezahlen; der Zoll für die feineren aber soll, sowohl für die bedruckten, wie für die unbedruckten Waaren 220 M. pro 100 Kgl. betragen.

Abg. Sonnemann beantragt, für grobe unbedruckte Waaren einen Zoll von 100 M., für grobe bedruckte Waaren von 120 M., für feinere unbedruckte von 180 M., für feinere bedruckte Waaren von 200 M. pro 100 Kgl.; der neue Zoll soll erst mit dem 1. October 1881 in Kraft treten. Abg. Löwe (Berlin) beantragt dagegen, den Zoll für hartes Kammgarn auf 3 M. herabzusetzen.

Abg. v. Kardorff ist bereit, die beantragte Erhöhung des Zolles für wollene Gewebe zu bewilligen, da alle Interessenten darüber einverstanden sind, daß nur auf diesem Wege der großen Noth in den sächsischen Weber-Districten abgeholfen werden könne. Eigentlich sei es seine Absicht gewesen, bei der dritten Lesung den Antrag zu stellen, die Regierung zu einer umfassenden Enquete über die Wollzölle aufzufordern, er habe aber unglücklich, hierbön Abstand nehmen zu müssen, um nicht in manchen Kreisen unerwünschte Hoffnungen zu erregen. Dennoch gebe er der Regierung anheim, zu erwägen, ob eine solche Enquete nicht angezeigt sei; sollte dieselbe ergeben, daß die Zollerhöhung für Kammgarn nicht den Erfolg gehabt habe, die inländische Kammgarnspinnerei so zu entwickeln, wie man bei der Beratung des Zolltarifs erwartet, so sei er seinerseits gern bereit, im Interesse der Weberien den Garnzoll wieder herabzusetzen. Auf die allgemeinen theoretischen Betrachtungen, die der Abg. Bamberger auch an diese Position wieder geknüpft habe, daß wir um 200 Jahre zurückgekommen seien u. s. w., wolle er nicht näher eingehen; offenbar habe der genannte Abgeordnete diese allgemeinen Redensarten nur gemacht, um den Widerspruch zu vermeiden, in den er sich durch seine Abstimmung über den Trauben Zoll mit seinem Freihandelsprincip gefügt habe. Herr Bamberger würde viel besser gethan haben, statt dieser akademischen Betrachtungen einfach zu erklären: wenn Alles einen Zoll habe, so sehe er nicht ein, weshalb nicht auch die Winger seines Wahlkreises einen Zoll bekommen sollen. (Heiterkeit.) Die Unfehlbarkeit, welche die Freihändler bei der Vertheidigung ihrer Theorie immer in Anspruch nehmen, stehe in schreiendem Widerspruch mit der Thatsache, daß es auf allen deutschen Universitäten keinen einzigen bedeutenden Dozenten mehr gebe, der den wirtschaftlichen Standpunkt der Herren Bamberger, Delbrück, Braun u. theile. Dieser Umstand beweise, daß der Standpunkt jener Herren, der vor 30 Jahren wohl eine Berechtigung hatte, heute wissenschaftlich überwunden sei. Der Redner will noch weiter auf die allgemeinen zollpolitischen Erörterungen eingehen, wird aber vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß dies in der Specialdebatte nicht zulässig sei, und daß der Redner sich im Irrthum befinde, wenn er annehme, daß auch der Abg. Bamberger seine allgemeinen Betrachtungen in der Specialdebatte gemacht habe. Herr v. Kardorff bricht nach dieser Erklärung seine weiteren Ausführungen ab.

Abg. Freiherr v. Barnhäuer: Der Abg. Sonnemann hat mich als einen großen Sachverständigen in Zollfragen hingestellt. Ich vermahne mich dagegen und behaupte, daß es überhaupt in dem Sinne, in welchem der Abg. Sonnemann es ausgesprochen hat, Sachverständige nicht giebt. Was nun die Frage der Erhöhung der Gesebzölle in Mecklenburg betrifft, so ist von mehreren Seiten, insbesondere von dem Dr. Bamberger ausgesprochen worden, daß unsere Zollpolitik die Erhöhung der Zölle in Frankreich und in Oesterreich veranlaßt habe. Nun ist aber nachweisbar, daß Frankreich im Jahre 1877 den Entwurf einer neuen Zollgesetzgebung gemacht hat, während Oesterreich den Zolltarif schon 1878 zum Gesetz erhoben hat. Also diese Vorwürfe, welche unserer Zollpolitik gemacht werden, sind absolut unrichtig. Sodann ist der Vorwurf gemacht worden, daß unsere Zollgesetzgebung von 1879 jetzt schon anfangs, Veränderungen herbeizuführen, während doch die Stabilität des Tarifs angeknüpft sei. Diese Behauptung ist unrichtig. Ich glaube, daß eine Zoll-, eine Tarifgesetzgebung fortwährend sich anschließen muß an die Wandlungen des wirtschaftlichen Lebens. Das ist auch die Praxis des Zollvereins gewesen. Bezüglich der Vorlage selbst ist behauptet worden, daß sie einen höheren Zoll beanspruche als den französischen, daß er höher sei als der österreichische. Das ist richtig und auch unrichtig. Richtig insofern, als unser höchster Satz von 220 M. höher ist als der höchste französische, allein die Grenze, welche in Frankreich gestellt ist, ist eine ganz andere. Unter den Zoll von 170 M. in Frankreich fallen die sämmtlichen Gewebe, bei welchen ein Quadratmeter bis zu 400 g beträgt, während bei uns die Grenze nach den Vorschlägen der Regierung 200 ist. Es fallen demnach unter den Zoll eine ganze Reihe grober, schwerer Janelle und Tuche, während nach dem Satze, den die Regierung vorgelegt hat, nur ein ganz kleiner Theil hochfeiner Waaren fällt. Die nächste Zollstufe begreift die Waaren von 550—400 g Gewicht pro Quadratmeter; der Zoll beträgt 148 M. Da hinein fallen nur ganz grobe Waaren, die sind noch belegt mit 148, also mit 13 M. höher als der deutsche Zoll, und nur die allergröbsten mehr als 550 g schweren haben einen Zoll von 129; hier ist also bloß ein Unterschied von 6 M.

Sie sehen, daß also im Durchschnitt der französische Zoll höher ist als der deutsche, während nur der höchste Satz für wenige Waaren in Deutschland höher gestellt ist. Dasselbe findet in Oesterreich statt, wo die Abtheilung wieder eine ganz andere ist, wo der Zoll mit 450 g anfängt und 160 M. beträgt. Der Abg. Sonnemann hat behauptet, daß die Concurrenz, welche Mecklenburg und Glaucha zu erleiden hätten, nicht eigentlich von Frankreich ausgehe, sondern vorzugsweise vom Elsas. Er sagt: die elassische Industrie hat große Capitalien und die Spinnereien in ihrer Nähe. Dann sagt er, Martirgen concurrirt mit der französischen Industrie flott und unmittelbar nachher sagt er, sie seien vom französischen Martie ausgeschlossen. Das ist doch ein Widerspruch. Der Antrag Sonnemann geht dahin, auf Waaren im Gewichte von mehr als 200 g pro Quadratmeter soll ein Zoll von 100 Mark gelegt werden, im Gewichte von 200 oder weniger ein Zoll von 180 Mark und dem entsprechend ein höherer bei den bedruckten. Er geht mit diesem Antrage um 20 M. herunter unter den Satz von 1873. Zu dem Durchschnittssatz von 135 M. sind wir gekommen, nachdem die Zollbestimmung nach dem Instrumente des Prof. Weber und nach dem Gewicht sich als unpraktisch erwiesen hatte. In Folge dieses Zolles ist der Zustand der Wollwaaren mit Ausnahme von Mecklenburg und Glaucha ein durchschnittlich recht günstiger. Die Einfuhr englischer Tuche hat abgenommen und die Ausfuhr im Jahre 1880 ist eine enorme, sie beträgt 153,597 metrische Centner. Nun ist ja nicht zu leugnen, daß der Zoll von 135 M. für einzelne ganz minderwertige Waaren sehr hoch ist und also für diese eine Prohibition ziemlich nahe kommt. Allein es ist Thatsache, daß gerade die minderwertigen Waaren auch vorher sehr wenig importirt worden sind und daß Deutschland gerade diese Waaren vorzugsweise selbst producirt hat.

Was die von der Regierung vorgeschlagene Grenze betrifft, so sind ja damit Versuche gemacht worden, und es hat sich herausgestellt, daß in der Grenze von 200 g nur ganz wenige und speciell nur diejenigen Waaren fallen, welche in Mecklenburg und Glaucha gemacht werden, nämlich die feinen wollenen Damenstoffe. Ich habe mich überzeugt, daß alle niederen Waaren unter dem niederen Zoll von 135 bleiben. Nachdem nun constatirt ist, daß nur die wirklich feinen Waaren, welche in Mecklenburg gemacht werden, unter diesen hohen Zoll fallen, und daß dort wirklich ein Nothstand entsehlischer Art besteht, sollte sich der Reichstag der Anforderung nicht entziehen, diese Specialität durch einen hohen Zoll zu schützen. Der Wunsch des Abg. Dr. Löwe (Berlin), den Mecklenburgern dadurch zu helfen, daß er die harten Kammgarne unter einen niedrigeren Zoll zu stellen vorgeschlagen, ist mißlungen, weil die Mecklenburger diese harten Kammgarne gar nicht verwenden. Diese werden nur für solche Waaren gebraucht, welche halbbaumwollen sind. Unter diesen Umständen ist gar nicht anders zu helfen, als so, wie die Regierung vorgeschlagen hat, nämlich den Webern diejenige Erhöhung des Zolles zu gewähren, welche nothwendig ist, um die Concurrenz von Frankreich gerade in diesem Artikel zu beseitigen. Daß diese Wirkung erzielt werden wird, geht daraus hervor, daß Agenten aus Frankreich, die hier in Berlin gewesen sind und früher sehr große Abschlüsse gemacht haben, diese zu machen nicht mehr im Stande waren im Hinblick auf die mögliche Erhöhung dieser Zölle. Wenn diese Bestimmungen unterbleiben, so werden sie in Mecklenburg und Glaucha gemacht und das kommt den Webern in Sachsen zu gute, und es erscheint mir als eine Pflicht, ihnen diese Arbeit zu sichern. Ich empfehle Ihnen deshalb die Regierungsvorlage. (Beifall rechts.)

Abg. Bamberger: Ganz gegen meine Absicht hat der Abg. v. Kardorff mich heute zum Reden producirt und, wie mir scheint, ohne jede Noth-

wendigkeit; denn in dem Bedürfnis, eine nachträgliche Generaldebatte zu halten, hat er in der zweiten Lesung eine Generaldebatte vorgeführt, angeblich bezugnehmend auf Aeußerungen, die ich in der Specialdebatte gethan habe. Der Herr Präsident hat festgestellt, daß ich zum Wollzoll in der Specialdebatte gar nicht gesprochen habe. Meine Bemerkungen in der Generaldebatte drehten sich hauptsächlich um den Mehlzoll und dann noch mehr um die Nothwendigkeit, dem Mälgewerbe auf andere Weise zu helfen, als in dem betreffenden Vorschlage geschehen. Vom Mehlzoll handelte auch meine Rede, die ich allerdings in zweiter Lesung an demselben Tage gehalten habe. Es wäre wirklich gut, wenn die Herren, die aus früheren Reden Vorwürfe herleiten wollen, sich präzis ausdrücken, damit man wenigstens weiß, wessen man angeklagt ist. So weiß ich z. B. heute nicht, wenn ich unter der Generalflagge der akademischen Behandlung der Sache stehe, auf was sich das bezieht. Herr von Kardorff hat gesagt, ich hätte davon gesprochen, daß wir mit der Vorlage, um die es sich handelte, um 200 Jahre zurück wären. Das ist gar kein Kennzeichen, das kann jetzt jeden Tag passen, daß man meint, man wäre um 200 Jahre zurück; vielleicht hat Herr von Kardorff gestern bei den Verhandlungen über den Junktzwang dieses Gefühl mit mir getheilt; wie soll ich daran erkennen, an welchem Tage die Aeußerung gefallen ist, um die es sich handelt? Das schöne Wort, daß wir „akademisch“ über etwas sprechen, hat der Herr Reichskanzler erfunden, dem wir so viele hübsche Worte verdanken. Wenn Sie aber in diesem Reichstage besonders in die Breite gehen und abschwefeln, so hat der Reichskanzler gewiß dieses illustre Beispiel gegeben, der z. B. bei dem Miethsfeuerzeug und der Unfallversicherung über Schutzoll, Freihandel und alles Mögliche gesprochen. So ist es mir vielleicht auch in der Rede ergangen, deren ich mich heute nicht mehr entsinne. Willäufig bemerkt, steht es mit der akademischen Beurtheilung durchaus nicht so, wie Herr v. Kardorff meint. Es geht da gerade so, wie wenn die berühmten drei Mann und der Corporal, die für die Silberwährung eintreten, auch vor dem Auslande als akademische Wissenschaft hingestellt werden.

Es ist das ebenso wenig der Fall, wie beim Freihandel. Gerade die anerkanntesten Professoren will ich Ihnen nennen, die ihre Meinung nicht geändert haben, wie Roscher, Rasse, Selserich, Conrad, Laspeyres, Brentano. Alle diese sind keine Schutzöllner. Wen hat denn Herr v. Kardorff anzuführen? Herr Professor M. Wagner und Herr Schmoller, das ist die ganze Akademie, die auf seiner Seite steht. Gegen die Erhöhung des Wollzoll habe ich hauptsächlich angeführt, daß er das Uebel an einer falschen Stelle curiren wolle; da es nothwendig sei, daß die Noth der Glaucha-Mecklenburger Spinnerei von der Vertheuerung der Rohstoffe durch die Garnzölle herührt. Auch die Zittauer Orleansspinnerei klagt über die Vertheuerung ihrer Rohstoffe, und daß sie in Folge dessen nicht mehr mit dem Auslande concurriren könne, und ich habe gesagt, daß, wenn man sie darauf anweise, sich durch Vertheuerung der Waare bei den inländischen Conjointen zu erholen, dieses eine Cur sei, die durchaus nicht auf das Uebel passe. Herr v. Kardorff scheint nur das Bedürfnis gehabt zu haben, noch einmal über den Trauben Zoll zu sprechen. Ich habe meine Abstimmung hierüber damals ganz kurz motivirt mit den Worten, daß es sich bloß um eine Wortinterpretation handle. Weber vom Standpunkte des Finanzzolls noch von dem der ausgleichenden Gerechtigkeit aus habe ich meine Ansicht, daß der Trauben Zoll jedenfalls auf einem anderen Boden steht, als dieser Woll- oder Mehlzoll, motivirt, sondern einfach damit, daß tollerfähige Trauben, die zur Weinbereitung eingeführt werden, ganz in dieselbe Kategorie fallen, wie der Wein selbst. Es ist das meines Grundsatzes nur eine Frage der Interpretation des Gesetzes. Ich hätte die Sache vielleicht nicht so deutlich gemacht, wenn ich nicht durch meine Beziehungen zu einem weinbaureichenden Kreise besonders darauf aufmerksam gemacht worden wäre. Ich hätte es vielleicht auch nicht gethan, wenn ich nicht wüßte, wie sehr jedes Wort, das hier fällt, von den Gegnern mala fide im Lande ausgebeutet würde. Als man Ugolino sagte, es sei ein Verbrechen, daß er seine Kinder aufgefressen habe, so antwortete er: es geschah, um seinen Söhnen ihren Vater zu erhalten. M. S.! Ich wollte mich dem Freihandel noch erhalten durch diese Interpretation des Traubenzolls. (Große Heiterkeit.)

Sächsischer Geheimer Oberregierungsrat Böttcher empfiehlt die Ablehnung beider Amendements. Dem Antrage des Abg. Löwe stehen noch heute dieselben Schwierigkeiten entgegen, welche bei der Beratung des Zolltarifs gegen eine Herabminderung der Zölle auf Kammgarne sprachen. Eine Enquete, wie der Abg. von Kardorff sie vorgeschlagen habe, sei vielleicht im Stande, diese Schwierigkeiten zu beseitigen, immerhin aber sei dies ungewiß, und jedenfalls würde eine solche Enquete eine Verzögerung herbeiführen, die der Dringlichkeit des Bedürfnisses gegenüber sich nicht rechtfertigen ließe. Dieses Bedürfnis trete nicht allein in Glaucha und Mecklenburg, sondern auch in vielen andern Landestheilen, so in Elberfeld, in Zittau, ebenso in Schlesien und Süddeutschland hervor. Der Antrag des Abg. Sonnemann, die von der Regierung vorgeschlagenen Zollsätze herabzusetzen, sei deshalb sehr bedenklich, weil der Sprung von dem Zoll an halbseidene Waaren (300 M.) bis auf 180 M. für seine Wollwaaren zu groß sei. Schon jetzt mache sich bei den Wollstoffen, die nur mit einem Zoll von 135 M. belastet sind, dieser Uebelstand geltend, indem man mit Rücksicht auf den bedeutenden Zollunterschied die seidenen Fäden durch wollene ersetzt und dadurch die Waaren erheblich billiger einführt. Aus welchem Grunde der Abg. Sonnemann den Einführungsstermin vom 1. Juli auf den 1. October verschoben wolle, sei ganz unverständlich. Eine solche Verzögerung würde den nothleidenden Webern das ganze Geschäft für die Winteraison entziehen. Wollte man denselben helfen, so möge man bald helfen.

Abg. Sonnemann begründet sein Amendement, betreffend die Verschiebung des Einführungsstermins auf den 1. October, dadurch, daß viele Bestellungen im Auslande gemacht seien in der Voraussetzung, daß der frühere Zoll nicht erhöht werden würde. Es sei im Interesse der Geschäftsmelt billig, einen längeren Termin für die Zollerhöhung festzusetzen, um dem Handel Zeit zu lassen, sich darauf einzurichten. Auch die Vorbereitung für die Zollämter erfordere eine gewisse Frist, und wenn der Zolltarif 5½ Monate Zeit bis zum Inkrafttreten der neuen Zölle gelassen habe, so dürfte die Vorlage sich nicht auf 14 Tage beschränken. Für die nothleidenden Districte mache die Verzögerung keinen Unterschied, weil die Zeit doch schon zu weit vorgerückt ist, um den deutschen Fabrikanten noch das Geschäft für die Winteraison zu sichern.

Gef. Rath Böttcher befreit diese Behauptung. Verschiebe man den Einführungsstermin bis zum 1. October, so würde jedenfalls in der Zwischenzeit zum Nachtheil der deutschen Fabrikanten noch sehr viel ausländische Waare eingeführt werden.

Die Debatte wird hierauf geschlossen. Persönlich bemerkt der Abg. v. Kardorff gegen Bamberger, daß unter den von ihm citirten Professoren Rasse und Brentano bekanntlich Rathederocialisten seien, die den wirtschaftlichen Anschauungen Bambergers sehr fern ständen und daß Professor Roscher sich gleichfalls sehr bedenten würde, von Herrn Bamberger zu den Seinigen gezählt zu werden.

Abg. Bamberger erwidert, daß die Genannten wenigstens sämmtlich nicht Schutzöllner seien.

Bei der Abstimmung werden die Anträge der Abgg. Löwe und Sonnemann abgelehnt und die Regierungsvorlage unverändert angenommen.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Sonnabend 10 Uhr. (Unfallversicherungsgesetz, Handelsverträge.)

Berlin, 10. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Admiralitätsrath Coupette, vortragenden Rath in der Admiralität, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Hauptmann von Kessel im ersten Garde-Regiment zu Fuß den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Postmeister Grimme zu Odenburg im Kreise Rinteln und dem Bürgermeister Esser zu Niederbreisig im Kreise Altwieser den Königlich Kronen-Orden vierter Klasse; dem emeritirten Volksschullehrer Grates zu Ratheim im Kreise Seinsberg den Adler der Jubilar des Königlich Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem emeritirten Schullehrer Fleischer zu Suhrau, bisher zu Dahsau im Kreise Wohlau, dem pensionirten Fuß-Gendarmen Wittich zu Trachenberg im Kreise Wittich, bisher zu Ust im Kreise Gr.-Strehlitz, und dem Gräflin von Fürstberg-Stammheimischen Ruffrich Heinrich Freitag zu Stammheim im Kreise Mülheim am Rhein das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem seitherigen vortragenden Rath im Auswärtigen Amte, Wirklichen Geheimen Legations-Rath von Bülow zu Althochstern außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich württembergischen Hofe ernannt; sowie den Bürgermeister Reichmayr zu Lauban, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung



Sammlung getroffenen Wiederwahl gemäß, auf eine fernere zwölfjährige Amtsdauer als Bürgermeister der genannten Stadt bestätigt.

Die bisherigen Canzleidiätarien Schlieben, Otte, Lenz und Erdmann sind zu Geheimen Canzleisecretären beim Reichsamt des Innern ernannt worden.

**Berlin, 10. Juni.** [Se. Majestät der Kaiser und Königin] hörte heute Vormittag die Vorträge des Polizeipräsidenten v. Madau und des Ministers des königlichen Hauses, Grafen v. Schleinitz, und empfing die Commandeure des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, des Brandenburg. Kürassier-Regiments (Kaiser Nikolaus der Erste von Rußland) Nr. 6, sowie des 1. Brandenburg. Ulanen-Regiments (Kaiser Alexander II. von Rußland) Nr. 3.

[Seine Majestät die Kaiserin und Königin] beschließt ihren Badener Frühjahrs-Aufenthalt, woselbst die Witterung in den letzten Wochen ihre Cur begünstigte, um vom 11. d. Mts. ab in Coblenz zu residiren, gleichzeitig mit dem Aufenthalte des Kaisers in Gm.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] wohnte am Mittwoch dem Exerciren der Cavallerie-Regimenter auf dem Bornstedter Felde bei. — Nachmittags 3 Uhr kamen der Kronprinz und die Kronprinzessin nach Berlin. Die Kronprinzessin begab sich zu Sr. Majestät dem Kaiser, während der Kronprinz Sr. Hoheit dem Fürsten von Serbien einen Besuch abstattete. Um 4 Uhr empfing der Kronprinz den am hiesigen Hofe neu accreditirten fürstlich serbischen Gesandten und beide Herrschaften hietauf den Besuch des Fürsten von Serbien. Um 5 Uhr nahm der Kronprinz das Diner bei dem Kaiser ein, wohnte der Vorstellung im Opernhause bei und kehrte mit dem 10 Uhr-Zuge nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurück. Die Kronprinzessin war schon mit dem 5 Uhr-Zuge dorthin zurückgekehrt. — Gestern wohnte der Kronprinz dem Vorexerciren des 1. Bataillons 1. Garde-Regiments zu Fuß, sowie des Garde-Husaren-Regiments auf dem Bornstedter Felde bei und geleitete sodann Seine Hoheit den Fürsten von Serbien in das königliche Stadtschloß zu Potsdam. — Um 3 Uhr fand bei dem Kronprinzen und der Kronprinzessin im Neuen Palais ein größeres Diner zu Ehren des Fürsten von Serbien statt, zu dem auch die Spitzen der Civil- und Militär-behörden von Potsdam Einladungen erhalten hatten. Nach der Tafel machte Se. Kaiserliche Hoheit mit dem erlauchten Gaste eine Rundfahrt durch die königlichen Gärten, besichtigte das Schloß Sanssouci und das Grab Friedrichs des Großen in der Garnisonkirche und begab sich mittelst Extrazuges um 6 Uhr nach Berlin. — Abends stattete derselbe Sr. Majestät dem Kaiser einen Besuch ab und wohnte der Vorstellung im Opernhause bei. — Die Nacht verbrachte Se. Kaiserliche Hoheit im Palais zu Berlin. (R.-Anz.)

**Berlin, 10. Juni.** [Befinden des Reichskanzlers.] Das Befinden des Reichskanzlers wird hier und da als nicht unbedingt bezeichnet. Andererseits wird dieser Angabe mit dem Hinzufügen widerprochen, daß das Leiden des Fürsten zwar schmerzhaft, aber in keiner Weise Beforgniß erregend sei. Der Fürst laborirt an einer Venenentzündung, mit welcher er schon früher wiederholt zu kämpfen hatte. Es heißt, er werde sich, sobald das Leiden gehoben ist, nach Rissingen begeben.

[Das Gesetz, betreffend die Küstenfrachtfahrt, vom 22. Mai 1881] wird im „Reichs-Anz.“ publicirt.

[Das Gesetz, betreffend die Oeffentlichkeit der Verhandlungen und die Geschäftssprache des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen, vom 23. Mai 1881] wird vom „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht.

**R u ß l a n d.**

**Petersburg, 5. Juni.** [Die russischen Panslavisten an Kaiser Alexander III.] Der hiesige Slaven-Verein hat an den Kaiser Alexander III. eine politische Adresse gerichtet, welche dem Kaiser durch das wirkliche Mitglied des Vereins, den jetzigen Minister des Innern, Graf Ignatiew, überreicht wurde und wörtlich also lautet:

„Großer Herrscher! Unruhe und Rebellion sind wieder, ähnlich wie vor zwei und ein halb Jahrhunderten, auf der russischen Erde aufgetaucht. Das Märtyrerk Blut des Czaren hat seine eigene Fressung bestritt, und was für eines Czaren! Ein solches, welchem Rußland für das größte Wohl — die bürgerliche Freiheit ganzer Millionen gewesener Leibeigenen verbunden ist, eines Czaren, welcher, sich auf die Tradition der Vorfahren stützend und von der Treue für den nationalen Sinn durchdrungen, ein ganzes stammverwandtes und glaubensreiches Volk zum Leben berufen hat.

Doch zu derselben Zeit, wo sich unser Geist hob und unser Wille er-muthigte, erhob sich von Seiten unserer Feinde ein Geschrei, daß Rußland sich schwäche, es wurde eine Intrigue zu dessen wirklicher Schwächung einge- leitet. Hand in Hand gingen diese beiden Strömungen. Vom ersten Schritte auf dem Wege der Umbildung Rußlands zu einem neuen besseren, eigentlich aber zur Wiederherstellung dessen, was einst gewesen, jedoch ver- loren gegangen ist, indem der traurigen politischen Nothwendigkeit nach- gegeben wurde, — von der Befreiung der Bauern selbst an beginnt das beengende und hartnäckige Gegenwirken.

Alle diese Mächte der Feinde, welche zwar nicht im Bunde mit einander wirken, jedoch in ihren Zielen übereinstimmen, haben in der letzten Zeit, nach unermüdeten Kämpfen begonnen. Eine Reihe schändlicher Uebel- thaten krönte diese Zerstörungsversuche. Frech sind im Voraus Banden von „Dieben“ aufgetreten, welche, um in der Sprache unserer Vorfahren zu reden, sich aus den unabsorbirten Bösewichtern rekrutiren, die Gott vergessen und an dessen Stelle ihre Willkür gesetzt haben, oder aus Menschen, die im Dienste des materiellen Gottes des Jahrhunderts nichts profitieren konnten.

Wir sind Mitglieder jenes Vereins, dessen Ziel es ist, das russische ge- sellschaftliche Bewußtsein zu beleuchten, dasselbe in Einklang zu bringen mit dem, was seit altersher in der Natur unseres Volkes gepflanzt ist, das wieder aufzufinden, was in den letzten zweihundert Jahren verloren ge- gangen. Wir glauben, daß die historische Kraft, welche die Einheit des russischen Landes mit all' seiner äußeren Macht geschaffen, den Anfang zu einem neuen festen Bau durch die Befreiung der Bauern mit dem Lande gelegt hat, Rußland aus den zeitweiligen Schwierigkeiten befreien wird. Wir sind fest überzeugt, daß unsere Rettung nur in der Einheit des Czaren mit dem Volke und in seinen erkannten oder von auswärtigen her- genommenen contractlich-constitutionellen Formen liegt. Wir glauben und bekennen es, daß Gott dem russischen Volke eine große Zukunft bestimmt hat und er selbst wird den obersten Führer des Volkes befehlen, — wird Dir, großer Herrscher, um in der Sprache der Kirche zu reden, „Kraft und Stärke und Verstand“ geben, damit Du Deine höchst schwierige That vollführst.

Wir glauben, daß die wahren Söhne Rußlands mit Seele und Herz für die väterlichen Traditionen eintreten werden und daß die Genesung ähnlich wie vor zwei und ein halb Jahrhunderten von der Residenzstadt Moskau über alle Städte ausgehen wird. Wir beten zu Gott, er möge uns Allen Verunft senden und uns unsere schweren Sünden vergeben, welche unser Land verfinstert haben.“

Die von Tausenden von Slavophilen Rußlands unterfertigte Adresse wurde vom Kaiser Alexander III. entgegengenommen und ließ Letzterer dem Slaven-Verein und allen Slavophilen Rußlands seinen „herz- lichsten Dank“ ausdrücken.

[General Skobelev.] Der „Times“ wird aus Petersburg geschrieben: „Die Behandlung des Grafen Skobelev ist der Gegen- stand vieler Commentare, wenigleich der berühmte „Weiße General“ kein besonderer Günstling der hohen Magnaten des Generalsstabes ist. In der Unterredung, welche General Skobelev mit dem Kaiser hatte, fragte Se. Majestät — wie es heißt — den General, was er von den jüngsten Veränderungen in der Regierung denke; worauf der General, der die Sache vom Gesichtspunkte eines Soldaten aus an- sieht, seinem kaiserlichen Herrn offen geantwortet haben soll, er habe

es niemals für rathlich erachtet, am Abend vor einem Treffen seine Offiziere zu wechseln. Diese Antwort war natürlich nicht nach dem Geschmack des Kaisers und die Offenheit des Generals wurde keines- wegs gut aufgenommen. Daß ein erfolgreicher General, wie er, von einem Feldzuge zurückkehrt, der dem Reiche vielleicht 100,000 neue Unterthanen zugeführt, sowie aller Wahrscheinlichkeit nach eine Schup- herrschaft über die Tefkingen von Merv gesichert, — und weder ein Dankeschreiben, noch einen Orden oder eine Rangerhöhung als ein Zeichen kaiserlicher Dankbarkeit erhalten, ist etwas in Rußland fast Unerhörtes.“

**Telegramme.**

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

**Paris, 10. Juni.** Nach der „Agence Havas“ entbehren die Gerüchte, wonach mehrere der Minister in Folge des gestrigen Se- natsbeschlusses demissioniren würden, der Bestätigung. Die „France“ und mehrere andere Journale sind der Meinung, daß in der Frage der Listenwahl, die das Land in keiner Weise leidenschaftlich erregt, eine reißend schnelle Beruhigung eintreten werde.

**London, 10. Juni.** Unterhaus. Labouchere richtet die Anfrage an die Regierung, ob Rußland Truppen und Waffen nach Bulgarien sende, um dem Fürsten beim Umsturz der Verfassung beizustehen, ob die Regierung eine Befestigung der in der amtlichen russischen Zeit- ung enthaltenen Note erhalten habe, worin die Bulgaren aufge- fordert würden, Vertrauen zum Fürsten zu bekunden, und ob in diesem Falle die Regierung beabsichtige, den verfassungstreuen Bul- garen mitzutheilen, daß sie dieses Vertrauen nicht theile. Unterstaats- Secretär Dilke erwidert, über die Sendung von russischen Truppen und Waffen nach Bulgarien zu dem in Labouchere's Anfrage ange- gebenen Zweck sei der Regierung keine Nachricht zugegangen. Was die zweite Frage und den Haupttheil der Frage betreffe, so sei die Regierung bisher nicht aufgefordert worden, ihre Ansicht auszu- sprechen. Der Premier Gladstone erklärte auf Labouchere's Anfrage, er habe vor einiger Zeit einen Privatbrief von dem vormaligen bul- garischen Minister des Auswärtigen, Zankow, erhalten und demselben im Wesentlichen geantwortet, daß er noch keine hinlängliche Infor- mation besitze, um sich über das in Bulgarien beabsichtigte Vorgehen ein Urtheil bilden zu können; er habe dann noch hinzugefügt, die englische Regierung werde stets die Ordnung, die Legalität und die Freiheit begünstigen (Beifall). — Auf eine Anfrage Ashmead Bart- lett's antwortet Dilke, der britische Geschäftsträger in Petersburg habe erfahren, daß das von Rußland annectirte Gebiet der Tefekturminen die Tefe-Dafis sei; über deren Grenzen sei er noch nicht genau in- formirt, ebensowenig darüber, daß daselbst colonisirt werde. Ein Tefekturmine aus Merv habe die Deputation der Tefekturminen nach St. Petersburg begleitet, angeblich, um die russische Hauptstadt zu sehen und seinen Landsleuten über das Gesehene zu berichten. Er wisse nicht, daß Unterhandlungen im Gange seien, um die Unter- werfung der Tefekturminen von Merv zu sichern. — Der Staatssecre- tär des Innern, Harcourt, bestätigt, daß der Versuch gemacht worden sei, das Rathhaus von Liverpool in die Luft zu sprengen, und daß die beiden Verhafteten mit geladenen Revolvern bewaffnet gewesen seien. Beide seien Irlander, einer derselben in jüngster Zeit aus Amerika gekommen.

**New-York, 10. Juni.** In einer aus Havanna hier eingegan- genen Meldung wird die diesjährige Zuckerernte von Cuba auf 464,000 Tons, demnach um 65,500 Tons niedriger als im Vorjahre geschätzt.

**Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.**

(W. L. B.) **Paris, 10. Juni, Abends.** [Boulevard.] 3% Rente 86, 70. Neueste Anleihe 1872 119, 50. Türken 16, 97. Neue Egyptier 384. — Banque ottomane —. Italiener 93, 50. Chemins —. Desferr. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. 4proc. ung. Goldrente —. Spanier erster 24 1/2, do. inter. —. Staatsbahn —. Lombarden —. 1877er Russen —. Türkenloose —. Türken 1873 —. Amortisirbare —. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Aubig. —.

**Frankfurt a. M., 10. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min.** [Schluß- Course.] Londoner Wechsel 20, 497. Pariser Wechsel 91, 19. Wiener Wechsel 175, 25. Köln-Mindener Stamm-Actien 152. Rheinische Stamm- Actien 164 1/4. Hessische Ludwigsbahn 97 1/2. Köln-Mind. Prämien-Anth. 131 1/2. Reichsanleihe 102 3/4. Reichsbank 150. Darmstädter Bank 167 3/4. Meiningen Bank 100 3/4. Desferr.-Ungarische Bank 724. — Credit-Actien —. 304. Wiener Bankverein 118. Silberrente 67 1/4. Papierrente 66 3/4. Goldrente 81 3/4. Ungarische Goldrente 102 1/2. 1860er Loose 127 3/4. 1864er Loose 331. — Ung. Staatsloose 237, 25. Ung. Ostbahn-Oblig. II. 96 3/4. Böhmische Westbahn 267 3/4. Elisabethbahn 180. Nordwestbahn 176 3/4. Galizier 274. Franzosen\*) 322 1/4. Lombarden\*) 104 3/4. Italiener —. 1877er Russen 92. 1880er Russen 75 3/4. II. Orientanleihe 59 3/4. III. Orientanleihe 60 1/4. Central-Pacific 115. Buschthaber —. Ungar. Papierrente —. Elbthal —. Lothringer Eisenwerke —. Privat- Discont — pCt. Spanier —. Befestigt.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 304 1/4. Franzosen 321 3/4. Galizier 273 3/4. Lombarden 104 3/4. Desferr. Goldrente —. Ungar. Goldrente —. 1880er Russen —.

\*) per medio resp. per ultimo.

**Hamburg, 10. Juni, Nachm.** [Schluß-Course.] Preuss. 4proc. Conjols 102 1/2, Hamburger St.-Pr.-A. 126 3/4, Silberrente 67 1/4, Desf. Gold- rente 81 3/4, Ung. Goldrente 102 1/4, 1860er Loose 129, Credit-Actien 303 1/4, Franzosen 804, Lombarden 264, Italien. Rente 92 1/2, 1877er Russen 91 1/2, 1880er Russen 74 1/2, II. Orient-Anl. 57 1/2, III. Orient-Anl. 58, Laura- hütte 107 1/4, Norddeutsche 175 3/4, 5% Amerik. 95 3/4, Rhein. Eisenb. 163 1/2, do. junge 160 1/2, Bergisch-Märkische do. 117 1/2, Berlin-Hamburg do. 276 1/2, Altona-Kiel do. 171 1/4, 5procent. österr. Papierrente —. Discont 2 1/2 %.

— Matt.

Silber in Barren per Kilogr. 153, 25 Br., 152, 75 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 39 Br., 20, 33 Gd., London kurz 20, 50 Br., 20, 42 Gd., Amsterdam 168, 40 Br., 167, 80 Gd., Wien 173, 75 Br., 171, 75 Gd., Paris 80, 50 Br., 80, 10 Gd., Petersburg 207, — Br., 203, — Gd., Newyork kurz 425 Br., 415 Gd., do. 60 Tage Sicht 416 Br., 406 Gd.

**Hamburg, 10. Juni, Nachm.** [Getreidemarkt.] Weizen loco un- verändert, auf Termine besser. Roggen loco unverändert, auf Termine fest. Weizen pr. Juli-August 213, 00 Br., 212, 00 Gd., pr. Septbr.-Debr. 211, 00 Br., 210, 00 Gd. Roggen pr. Juni-Juli 195, 00 Br., 194, 00 Gd., pr. Sept.- October 172, 00 Br., 170, 00 Gd. Hafer u. Gerste unverändert. Hübl ruhig, loco 54, 50, pr. October 57, 00. Spiritus fest, pr. Juni 49 1/2 Br., pr. Juli-August 49 Br., pr. August-September 49 Br., pr. September-October 48 3/4 Br. Raffee fest, Umfag 3000 Sad. Petroleum höher, Standard white loco 8, 10 Br., 8, — Gd., pr. Juni 8, — Gd., pr. September-Dechr. 8, 40 Gd. Wetter: Regen.

(W. L. B.) **Newyork, 10. Juni, Abends 6 Uhr.** [Schluß-Course.] Wechsel auf Berlin 94 1/4. Wechsel auf London 4, 83. Wechsel auf Paris 5, 20. 5proc. fundirte Anleihe 103 1/2. 4proc. fundirte Anleihe 1877 117 1/4. Erie-Bahn 48 1/2. Central-Pacific-Bahn 117 3/4. Newyork-Centralbahn 149. Baumwolle in Newyork 11 1/16. do. in New-Oreans 10 5/8. Raffinirtes Petroleum in Newyork 8 1/4. Raff. Petroleum in Philadelphia 8 1/4. Rohes Petroleum 6 1/4. Pipe line Certificats o. 83. Mehl 4, 75. Rother Winter- weizen 1, 26. Mais (old mixed) 56. Zucker (Fair refining Muscovados) 77 1/2. Raffee Rio 11 3/8. Schmalz (Mark Wilcox) 11 1/4. do. Fairbants 11 1/4. do. Rother u. Brothens 11 1/4. Sped (hor clear) 9 1/8. Getreidefracht 4 1/4. Chicago-Eisenbahn 140 1/2.

**Posen, 10. Juni.** Spiritus pr. Juni 56, 40, pr. Juli 56, 70, pr. August 57, 10. Get. — Liter. Höher.

**Liverpool, 10. Juni, Vormittags.** [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umfag 10,000 Ballen. Fest. Tagesimport 13,000 Ballen, davon 8000 B. amerikanische.

**Liverpool, 10. Juni, Nachmittags.** [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umfag 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen.

Fest. Pernam 6 1/2 D. Middl. amerikanische August-September-Lieferung 6 1/2 D. October-November-Lieferung 5 1/2 D.

**Liverpool, 10. Juni, Nachmittags.** [Baumwollen- Wochenbericht.] Bodenumfag 38,000 Ballen, desgl. von amerikanische 28,000, desgl. für Speculation 2000, desgl. für Export 2000, desgl. für mirkl. Conf. 34,000, desgl. unmittelbar ex Schiff 5000, wirklcher Export 7000, Import der Woche 47,000, davon amerikanische 26,000, Vorrath 904,000, davon ameri- kanische 684,000, schwimmend nach Großbritannien 261,000, davon ameri- kanische 149,000 Ballen.

**Petersburg, 10. Juni, Nachm. 5 Uhr.** [Schluß-course.] Wechsel London 3 M. 24 1/2, do. Hamburg 3 M. 209 3/4, do. Amsterdam 3 M. —, do. Paris 3 Mon. 258 3/4. Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 225, do. de 1866 (gest.) 218, Russ. Anl. de 1873 —, Russ. Anl. de 1877 142, 1/2-Imperial 8, 07, Große Russ. Eisenbahnen 269, Russ. Bodencredit- Pfandbriefe 132 1/4, II. Orient-Anleihe 92 7/8, III. Orient-Anleihe 93, Privatdiscont 4 1/4 %.

**Petersburg, 10. Juni, Nachm. 5 Uhr.** [Productenmarkt.] Salz loco 57, 00, per August 56, 40. Weizen loco 16, 00. Roggen loco 12, 50. Hafer loco 5, 60. Hauf loco 34, 00. Leinsaat (9 Pud) loco 16, 25. — Wetter: Warm.

**Pest, 10. Juni, Vorm. 11 Uhr.** [Productenmarkt.] Weizen loco unverändert, auf Termine animirt, pr. Herbst 11, 15 Gd., 11, 20 Br. Hafer pr. Herbst 6, 52 Gd., 6, 57 Br. Mais pr. Juni 6, 50 Gd., 6, 52 Br. Rohrmais 12 1/2. — Wetter: Kalt, windig.

**Paris, 10. Juni, Nachmittags.** [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen fest, pr. Juni 29, 00, pr. Juli 28, 60, pr. Juli-August 28, 40, pr. September-December 27, 60. Roggen ruhig, pr. Juni 22, 25, pr. Sep- tember-December 19, 75. Mehl fest, pr. Juni 64, 60, pr. Juli 63, 75, pr. Juli-August 63, 25, pr. September-December 9 Marques, 59, 80. Hübl fest, pr. Juni 75, 50, pr. Juli 75, 75, pr. Juli-August 76, 00, pr. September-December 77, 25. Spiritus fest, pr. Juni 64, 50, pr. Juli 64, 00, pr. Juli-August 64, 00, pr. September-December 61, 50. — Wetter: Veränderlich.

**Paris, 10. Juni, Nachmittags.** Rohzucker 88° loco fest, 62, 00—62, 25. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kgr. pr. Juni 74, 10, pr. Juli 74, 50, per Juli-August 74, 60, per October-Januar 64, 00.

**London, 10. Juni, Nachm.** Savannazucker Nr. 12 26 1/2. Belebt.

**Antwerpen, 10. Juni, Nachm. 4 Uhr 30 Min.** [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 1/2 bez. und Br., per Juli 19 1/2 bez., 19 3/4 Br., per September 21 Br., per September-December 21 1/4 bez., 21 1/2 Brief. Fest.

**Bremen, 10. Juni, Nachmittags.** Petroleum fest. (Schlußbericht.) Standard white loco 7, 95 bez. u. Br., per Juli 8, 00 bez. und Br., per August-December 8, 45—8, 40 bezahlt u. Br.

**Handel, Industrie &c.**

**Breslau, 10. Juni.** [Wollmarkt-Bericht.] Seit dem Schluß des vorjährigen Wollmarktes nahm die Nachfrage nach Wolle von Monat zu Monat mehr und mehr ab, wodurch ein continuirliches Abbröckeln der Preise veranlaßt wurde. Die Umsätze erstreckten sich in der Hauptsache nur auf mittlere und geringere Qualitäten, während für feine und hochfeine Wollen fast gar kein Begeh vorbanden war. Bis zum Beginn des neuen Jahres hatte sich daher ein Bestand von etwa 25,000 Centner angeammelt und von diesem, durch weitere Zufuhren im Winter noch vermehrten Quan- tum blieb in Folge des schwachen Abzuges während der Monate Januar bis Mai der ungewöhnlich große Vorrath von circa 13,500 Centner in den Wollmarkt hinüber zu nehmen. Dieser Bestand setzte sich zum größeren Theile aus besseren Qualitäten zusammen. — Angesichts dieser Thatsachen gingen unsere Wollhändler mit größter Zurückhaltung an die Abchlüsse auf die neue Schur heran. Die Contracte konnten erst ganz kurz vor dem Markte eine gewisse Ausdehnung erreichen, nachdem Producenten sich ent- schlossen hatten, der ungünstigen Conjunction Rechnung zu tragen. Der Verlauf des Marktes bestätigte vollkommen die pessimistischen Erwartungen, welche man gehegt hatte. Die anwesenden auswärtigen Käufer zeigten sich noch zurückhaltender und beanspruchten noch größere Preisnachlässe, als vorher die heimischen Händler, so daß das Geschäft in den Vortagen auf den Läger, welches sonst sehr bedeutend zu sein pflegte, dieses Mal sich auf ein Minimum beschränkte. — Das überaus große Quantum Wollen in erster Hand, so wie die beschränkte Zahl der erschienenen Käufer verlieh dem öffentlichen Markte sofort bei seinem Beginn den Charakter der Flaue. Ein regerer Geschäftsgang stellte sich erst im Laufe des Vormittags ein, nachdem Verkäufer sich entschlossen hatten den verlangten Abßlag von 24 bis 30 M. per Ctr. für das Gros der Wollen (für feinere Wollen mitunter noch mehr) zu willigen. — In den Nachmittagsstunden entwickelte sich zu den niedrigen Preisen ein so reger Verkehr, daß gegen Abend der offene Markt im Wesentlichen beendet war. — Hauptkäufer waren englische Fab- rikanen und Commissionäre für englische Rechnung; ferner russische Fab- rikanen und Händler, sowie rheinische Wollhändler und die größeren lausitzer Fabrikanten. Rheinische und französische Fabrikanten hielten sich zurück. — Wasche und Behandlung der Wollen ließ dieses Mal nichts zu wünschen übrig. Das Schurgewicht war wieder geringer als im Vorjahre.

Nach den Ausweisen der Thor-Expeditionen und Verwaltungen der Eisen- bahnen wurden zugeführt:

Schlesische Wollen ..... circa 19,231 Ctr.

Posener = incl. eines kleinen Quantums polnischer, österreichischer u. sächsischer Wollen = 10,751 =

hierzu:

alter Bestand und früher eingetroffen ..... = 16,000 =

zusammen circa 45,982 Ctr.

Im Vorjahre waren zu Markte gestellt ..... = 44,300 =

demzufolge dieses Jahr mehr ..... circa 1,682 Ctr.

Es wurden, soweit es unter allgemeinen Bezeichnungen festzustellen ist, folgende Preise gezahlt:

für schlesische hochfeine und Electoral-Wollen 240—264 M. pro Ctr. (einzelne vorzügliche Stämme höher).

= = feine Wollen ..... 210—235 M. pro Ctr.

= = mittelfeine Wollen ..... 175—200 = =

= = mittlere = ..... 156—170 = =

= = Russisch- und geringere Wollen 125—135 = =

= = Posener feine und feinste Wollen .... 175—195 = = (Slitepöschten höher).

= = mittlere u. mittelfeine Wollen 144—168 M. pro Ctr.

Das am hiesigen Plage verbleibende Quantum Wollen dürfte einschließlich der alten Bestände mit circa 25,000 Ctr. nicht zu hoch taxirt sein. Zu be- merken bleibt, daß im Mai circa 2000 Ctr. Wollen verkauft worden sind.

**Die Handelskammer. Commission für Wollberichte.**

**# Breslau, 11. Juni, 9 1/2 Uhr Vorm.** Der Geschäftsverkehr war am heutigen Markte wegen zu hohen Forderungen schleppend, bei schwachem Angebot Preise gut preishaltend.

Weizen in sehr fester Haltung, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 20,90 bis 22,40—23,20 Markt, gelber 20,40—21,80 bis 22,20 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei mäßigem Angebot sehr fest, per 100 Kilogr. 20,70 bis 21,60 bis 21,80 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste preishaltend, per 100 Kilogr. 14,60—15,70 Markt, weiße 16,40 bis 17,00 Markt.

Hafer gut behauptet, per 100 Kilogr. 15,00—15,30—15,50 bis 16,00 Markt, feinstes über Notiz bezahlt.

Mais ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 13,40—13,80—14,00 Markt.

Erbsen schwach zugeführt, per 100 Kilogr. 18,00—19,00 bis 20,80 Markt, Victoria 21,00—22,00—22,50 Markt.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 18,50—19,50—20,00 Markt.

Lupinen schwach zugeführt, per 100 Kilogr. gelbe 11,30—11,80 bis 12,50 Markt, blaue 11,10—11,60—12,30 Markt.

Widen ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 13,40—14,00—14,50 Markt.

Delsaaten ohne Zufuhr.

Schlaglein schwach zugeführt.

Pro 100 Kilogramm netto in Markt und Pf.

Schlag-Leinsaat ....	27 50	26 —	24 75
Winterraps ....	24 50	23 50	22 —
Winterrüben ....	23 75	23 —	22 75
Sommerrüben ....	24 50	23 —	22 75
Leinbotten ....	23 —	22 50	22 —

Rapskuchen sehr fest, per 50 Kilogr. 7,10—7,30 Markt, fremde 6,80—7 Markt, September-October 6,80 Markt.

Leinkuchen in ruhiger Haltung, per 50 Kilogr. 9,20—9,40 Markt, fremde 8,20—8,60 Markt.

Tannentklee schwacher Umfag, per 50 Kilogr. —44—4838 Markt.

Thymothee ohne Aenderung, per 50 Kilogr. 23—25—27 Markt.

Kleeformen ohne Umfag, rother nominell, per 50 Kilogr. 33—36



bis 40-48 Mark, weiser nominell, 35-45-53-60 Mark, hochener über 100.  
Weiß ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 31,25-32,00 Mark, Roggen fein 32,50-33,00 Mark, Haubaden 31,50-32,50 Mark, Roggen-Futtermehl 12-13 Mark, Weizenkleie 9,75-10,25 Mark.  
Seu 3,20-3,60 Mark per 50 Kilogr.  
Roggenstroh 27,00-28,00 Mark per Schock à 600 Kilogr.

## Berliner Börse vom 10. Juni 1881.

Fonds- und Geld-Course.		Wechsel-Course.	
Deutsche Reichs-Anl.	102,20 bz	Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3 169,75 bz
Consolidirte Anleihe.	102,20 bz	do. do.	2 M. 3 168,90 bz
do. do. 1876.	102,20 bz	London 1 Lstr.	8 T. 2 20,48 bz
Staats-Anleihe.	101,20 G	do. do.	3 M. 2 20,35 bz
Staats-Schuldversch.	99,90 bz	Paris 100 Fcs.	8 T. 3 81,20 bz
Präm.-Anleihe v. 1855.	104,00 bz	do. do.	2 M. 3 80,70 bz
Berliner Stadt-Oblig.	101,10 G	Petersburg 100 SR.	2 W. 6 207,75 bz
Berliner do.	105,40 bz	do. do.	3 M. 6 206,25 bz
Pommersche do.	92,75 G	Warschau 100 SR.	8 T. 6 285,00 bz
do. do.	100,90 G	Wien 100 Fl.	8 T. 4 175,10 bz
do. do.	101,25 G	do. do.	2 M. 4 174,00 bz
do. Lndsch.Ord.	100,00 G	Kurs, 40 Thaler-Loose 287,25 bz	
Possensche neue.	100,00 G	Badsche 35 Fl.-Lose 198,00 G	
Schlesische do.	100,00 G	Braunsch. Prämien-Anleihe 100,70 bz	
Lndsch. Central.	101,00 G	Oldenburger Loose 152,40 B	
Kur-u. Neumark.	101,00 G	Ducaten —	
Pommersche do.	101,00 G	Sover. 20,46 G	
Possensche do.	100,90 G	do. Silbergr. —	
Preussische do.	101,10 G	Napoleon 16,22 G	
Westfäl. u. Rhein.	101,10 G	Imperialis 16,69 G	
Sächsische do.	101,30 G	Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Badsche Präm.-Anl.	135,20 bz	Divid. pro 1879	
Bairische Präm.-Anl.	135,75 bz	1880	
Bairische do.	101,90 G	Aachen-Mastricht.	
Cöln-Mind. Präm.-Anl.	131,40 bz	Berg-Markische.	
Sächs. Rente v. 1876	89,90 bz	Berg-Anhalt.	
Hypotheken-Certificats.		Berlin-Dresden.	
Kruppsche Partial-Obl.	109,75 bz	Berlin-Görlitz.	
Unk. Pf.-d. Pr. Hyp.-B.	107,25 G	Berlin-Hamburg.	
do. do.	100,50 bz	Berg-Potsd.-Magb.	
Deutsche Hyp.-Bk.-Pf.	102,60 bz	Berlin-Stettin.	
do. do.	104,70 bz	Böhm. Westbahn.	
Unk. Cat.-Bd.-Cr. (1872)	106,90 bz	Bresl.-Freib.	
do. rückz. à 110	106,90 G	Cöln-Mind.	
do. do.	106,90 G	Dux-Bodenbach.	
Unk. H.-d. Pr.-Bd.-Cr.	111,00 etbz	Gall-Soran-Gub.	
Kindb. Hyp.-Bk.-G.-B.	102,50 bz	Halle-Soran-Gub.	
Hyp.-Bk.-G.-B.	101,40 B	Kassau-Oderberg.	
do. do.	100,90 G	Kronpr. Radolfb.	
Pomm. Hyp.-Bk.-G.-B.	109,75 G	Landw.-Bach.	
do. do.	104,30 bz	Märk. Posener.	
Guth. Präm.-Pf. I. Em.	123,00 bz	Magdeh.-Halberst.	
do. do.	121,60 bz	Mainz-Ludwigsh.	
do. do.	109,00 G	Niedersch.-Märk.	
do. do.	104,90 G	Oberschl.-A.C.D.E.	
do. do.	96,40 bz	do. B.	
Meininger Präm.-Pf.	121,70 bz	Oesterr.-Fr. St.-B.	
Pf.-d. Oest.-Bd.-Cr. G.	101,25 bz	Oest.-Nordwestb.	
Schl. Bod.-Cr.-Pf.	104,40 bz	Oest.-Süd. (Lomb.)	
do. do.	105,10 G	Ostpreuss. Südb.	
Südd. Bod.-Cr.-Pf.	104,10 G	Rechte-O.-U.-B.	
do. do.	102,30 bz	Reichenberg-Pard.	
Ausländische Fonds.		Rheinische.	
Oest. Silber-R.-A. (1874)	67,40 bz	do. Lit. B. (49/10)	
do. do.	67,40 G	Rhein-Nabe-Bahn	
do. Goldrente.	81,75 bz	Rumän. Eisenbahn	
do. do.	66,80 bz	Schweiz. Eisenbahn	
do. 5% Präm.-Anl.	114,50 bz	Stettin-Pomer.	
do. do.	127,75 bz	Thüringer Lit. A.	
do. Credit-Loose.	352,00 bz	Thüringer Lit. A.	
do. 6% Loose.	332,00 B	Weimar-Gera.	
Russ. Präm.-Anl. v. 64	144,70 bz	do. do.	
do. do.	141,40 bz	Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.	
do. Orient-Anl. v. 1877	60,00 etbz	Berlin-Dresden.	
do. II. do. v. 1878	59,40 bz	Berlin-Görlitz.	
do. III. do. v. 1879	60,00 bz	Breslau-Warschau	
do. Engl. v. 1871.	90,50-60 bz	Halle-Soran-Gub.	
do. do. v. 1872.	90,50-60 bz	Kohlitz-Falkenb.	
do. do. v. 1877.	94,75 bz	Märkisch-Posener	
do. do. 1889.	75,75 bz	Magdeh.-Halberst.	
do. Bod.-Cred.-Pf.	79,60 B	do. Lit. C.	
do. Cent.-Bd.-Cr. Pf.	82,75 etbz	Marienb.-Mlaw.	
Russ. Poln. Schatz.-Obl.	64,70 bz	Oest. Südbahn.	
Poln. Pf.-d. Pf.	65,50 etbz	Oels-Gnesen.	
Poln. Liquid.-Pf.	99,10 G	Posen-Zeuzburg.	
Amerik. rückz. p. 1881	101,40 G	Rechte-O.-U.-B.	
5% Anleihe.	92,70 G	Rumän.	
Itali. 5% Anleihe.	97,30 bz	Saal-Bahn.	
Itali. 6% Anleihe.	113,75 bz	Weimar-Gera.	
Rumänische Anleihe.	103,50 bz	Bank-Papiere.	
Ramän. Staats-Oblig.	17,00 bz	Allg. Deut. Hand.-G.	
Türkische Anleihe.	102,40 etbz	Berl. Kassen-Vers.	
Ungar. Goldrente.	79,30 bz	Berl. Handels-Ges.	
do. do.	79,30 bz	Brl. Pr.-u. Hdl.-B.	
do. Papierrente.	79,25 bz	Braunschw. Bank	
do. Loose (M. St.)	237,40 B	Bresl. Disc.-Bank.	
Ung. Invest.-Anleihe.	96,30 bz	Bresl. Wechselb.	
Ung. 5% St.-Eisb.-Anl.	98,20 etbz	Dauerg. Cred.-Bk.	
Finnische 10 Thlr.-Lose	50,50 G	Dauerg. Priv.-Bk.	
Türk. Loose 48,50 bz		Darmst. Creditb.	
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.		Darmst. Zettelb.	
Berg-Märk. Serie II.	103,40 B	Dessauer Landesb.	
do. III. v. 31/3.	93,25 G	Deutsche Bank.	
do. do. VI.	103,50 G	do. Reichsbank.	
do. Hess. Nordbahn	103,00 G	do. Hyp.-B. Berl.	
Berlin-Görlitz conv.	102,00 G	Disc.-Comm.-Anst.	
do. do. Lit. C.	102,00 G	do. ult.	
Bresl.-Freib. Lit. DEF.	102,00 G	Genossensch.-Bnk.	
do. do. G.	103,00 G	do. junge	
do. do. H.	103,00 G	Goth. Grundcred.	
do. do. J.	103,00 G	do. junge	
do. do. K.	103,00 G	Hamb. Vereins-B.	
do. von 1876	106,80 bz	Hannov. Bank.	
Breslau-Warschau.	104,10 bz	Königsb. Ver.-Bnk.	
Cöln-Mind. III. Lit. A.	103,25 G	Lndw.-B. Kwl.-B.	
do. do. Lit. B.	103,25 G	Leipa. Cred.-Anst.	
do. do. IV.	103,25 G	Luxemb. Bank.	
do. do. V.	103,25 G	Magdeburger do.	
Halle-Soran-Gub.	104,10 G	Meininger do.	
Märkisch-Posener.	103,00 G	Nord. Bank.	
Niedersch.-Märk. I.	104,00 G	Nord. Grundcr.	
do. do. II.	104,00 G	Oberlausitzer Bk.	
do. Obl. I. u. II.	104,00 G	Oest. Cred.-Actien	
do. Obl. III.	104,00 G	Ungar. Credit.	
Oberschl.-A.C.D.E.	95,50 G	Posener Priv.-Bk.	
do. do.	95,50 G	Pr. Bod.-Cr.-Act.	
do. do.	95,50 G	Pr. Cent.-Bd.-Cr.	
do. do.	95,50 G	Preuss. Immo.-B.	
do. do.	95,50 G	Sächs. Bank.	
do. do.	95,50 G	Schl. Bank-Verein	
do. do.	95,50 G	Wiener Unionsbk.	
In Liquidation.		Industrie-Papiere.	
Centralb. f. Genoss.		D. Eisenbahn-G.	
Thüringer Bank.		Märk. Sch.-Bnk.	
Industrie-Papiere.		Nordd. Gummitab.	
D. Eisenbahn-G.		Pr. Hyp.-Vers.-Act.	
Märk. Sch.-Bnk.		Schles. Feuervers.	
Nordd. Gummitab.		Bismarckkütte.	
Pr. Hyp.-Vers.-Act.		Donnersmarkhütt.	
Schles. Feuervers.		Dortm. Union.	
Bismarckkütte.		do. St.-P. Lit. A.	
Donnersmarkhütt.		Königs-u. Laurah.	
Dortm. Union.		Lauchhammer.	
do. St.-P. Lit. A.		Marienthal.	
Königs-u. Laurah.		Cons. Redenhütt.	
Lauchhammer.		do. Oblig.	
Marienthal.		Schl. Kohlenwerk.	
Cons. Redenhütt.		Schl. Zinkh.-Act.	
do. Oblig.		do. St.-P. Lit. A.	
Schl. Kohlenwerk.		Oppehn-Port-Cem.	
Schl. Zinkh.-Act.		Groschowitz do.	
do. St.-P. Lit. A.		Tarnowitz Bergb.	
Oppehn-Port-Cem.		Vorwärtskütte.	
Groschowitz do.		Bresl. E.-Wagenb.	
Tarnowitz Bergb.		do. ver. Oelfabr.	
Vorwärtskütte.		do. Strassenb.	
Bresl. E.-Wagenb.		Erdm. Spinnerei.	
do. ver. Oelfabr.		Görlitz Eisenb.	
do. Strassenb.		Höfma's Fab.	
Erdm. Spinnerei.		O.-Schl. Eisenb.	
Görlitz Eisenb.		Schl. Leinwand.	
Höfma's Fab.		do. Porzellan.	
O.-Schl. Eisenb.		Wilhelms M.A.	
Schl. Leinwand.		Bank-Discount 4 pCt.	
do. Porzellan.		Lombard-Zinsfuß 5 pCt.	
Wilhelms M.A.			

Berlin, 10. Juni. [Börse.] Die Schwäche des Wiener Places bleibt fortwährend ein Hemmnis für die Entwicklung des geschäftlichen Verkehrs, so wie für das Emporkommen einer freundlicheren Tendenz. Sichtbarlich war unsere Speculation heute Willens, die rückfahrende Bewegung aufzugeben und wieder a la hausse vorzugehen. Die Ausführung mußte aber an den weichen Notierungen, welche von der Wiener Frühbörse vorlagen, sich scheitern, indem die Fixierung des Preises der internationalen Papiere naturgemäß auf dem Niveau der Wiener Course stattfanden hat, wenn unser Markt einer Ueberhäufung mit Material seitens der Arbitrage vorbeugen will. Der offizielle Verkehr eröffnete demgemäß auf einem bedeutend reducierten Coursestande, insbesondere für alle österreichischen Papiere; die Tendenz charakterisirte sich, da von auswärts umfangreiche Verkaufsaufträge vorlagen, anfänglich als matt, gewann aber sofort ein besseres Aussehen, als der Sturm des ersten Angebotes sich gelegt hatte. Es trat ferner eine relativ nicht unbedeutende Kaufkraft ein, die aber nur wenig Befriedigung fand, da Abgeber zu den herabgesetzten Coursen höchst spärlich vorhanden waren. Ein lebhaftes Geschäft konnte unter solchen Umständen nicht zu Stande kommen und große Coursefluctuationen nicht stattfinden. Eine bemerkenswerthe Festigkeit documentirten heute wiederum die deutschen Eisenbahnwerthe, welche ihr gestriges Niveau mit wenigen Ausnahmen ziemlich zu behaupten vermochten, wogegen die Actien der größeren österreichischen Bahnen der Wiener Anregung folgten, eine weitere Verbilligung ihres Preisstandes erfahren mußten. Die Monatswerthe konnten sich recht gut behaupten, für die speculativen inländischen Banken herrschte gute Nachfrage, durch welche die niedrigen Anfangscourse sehr bald überschritten wurden. Der Rentenmarkt blieb schwach, die russischen Werthe hatten unter den aus Charfom vorliegenden Nachrichten über erneute Excesse zu leiden. Österreichische Creditactien eröffneten 608 (— Markt 7), gingen auf 607 1/2 zurück, stiegen bis 611 1/2 und schlossen 611. Franzosen hoben sich von 646 1/2 auf 649, um 645 zu bleiben. Lombarden notirten 208 1/2 — 11 1/2 — 11, Ungarische Credit 618 — 7 — 11.

Um 2 1/2 Uhr: Schwächer. Lombarden 210,00, Franzosen 647,50, Credit 611,00, Dortmunder Stamm-Prior. 82,75, Laurahütte 108,25, Darmstädter Bank 168,37, Deutsche Bank 162,25, Disconto-Commandit 219,00, Wiener Bankverein 234,00, Bergische 117,25, Freiburger 106,75, Mainzer 97,25, Rechte-Oberrheinbahn 154,25, Oberschlesische 220,62, Galizier 137,50, Buschthener 81,00, Rumänier 103,50, Oester. Goldrente 81,50, do. Silberrente 67,25, do. Papierrente 66,62, Ungar. Goldrente 102,37, Italiener 92,62, Russen, alte 90,50, do. neue 94,62, do. 1880er 75,75, Ungarische Inhabitanten 96,30, russische Noten 208,25, do. II. Orient 59,37, do. III. Orient 60,82, Ungarische Credit 611,00, Neue Ungarn 79,25, Ungarische Papiere —.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oester. Silber-Coup. 174,80 bez., do. Eisenbahn-Coupon 174,80 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 30 Pf. f. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,20 bez., do. Eisenbahn-Prioritäten 4,20 bez., do. Papier-Doll. 4,20 bez., 6% New-York-City 4,20 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Russ. do. Papier u. verl. min. 60 Pf. f. Pet. Poln. Papier u. verl. min. 60 Pf. Warschau, Russ. Doll. 20,60 — 62 Gd. bez., 1822er Russen —, Gr. Russ. Staatsbahn —, Russ. Boden-Credit —, Warschau-Wiener Comm. —, Warschau-Lemberg —, 3% u. 5% Lombarden min. — Paris, Diverge in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Str.-Oblig. 20,42 bez.

Berlin, 9. Juni. [Versicherungsgesellschaften.] Der Cours verfiel sich in Markt per Stück franco Zinsen, die Dividendenangaben in Procenten des Baareinschusses.

Name der Gesellschaft.	1879.	1880.	Appoints	Einzahlung	Cours.
Nachn.-Mündener Feuer-Vers.-G.	70	70	1000 Th.	200%	8400 G.
Nachener Rückvers.-Ges.	45	45	400 "	"	2215 B.
Berl. Land- u. W.-Vers.-Ges.	30	25	500 "	"	1000 G.
Berl. Feuer-Vers.-Anstalt	24	22	1000 "	"	1925 B.
Berl. Hagel-Vers.-Ges.	10	5	1000 "	"	580 B.
Berl. Lebens-Vers.-Ges.	26 1/2	27 1/2	1000 "	"	3020 G.
Berlin-Köln Feuer-Vers.-Ges.	71 1/2	0	1000 "	400%	—
Colonie, Feuer-Vers.-G. zu Köln	55	55	1000 "	200%	7050 G.
Concordia, Lebens-V.-G. zu Köln	16	16	1000 "	"	2000 G.
Deutsche Feuer-V.-G. zu Berlin	87 1/2	9	1000 "	"	900 G.
Deutscher Lloyd	121 1/2	163 1/2	1000 "	"	960 G.
Deutscher Rhodnir	35	31 1/2	1000 500 Th.	"	1817 G.
Deutsche Transport-Vers.-Ges.	0	0	1000 Th.	"	—
Dresdener allg. Transport-V.-Ges.	50	50	1000 "	100%	—
Düsseldorfer allg. Transport-V.-G.	30	—	1000 "	"	—
Elberfelder Feuer-Vers.-Ges.	40	37 1/2	1000 "	200%	4550 G.
Fortuna, allg. V.-Act.-G. zu Berlin	10	12 1/2	1000 "	"	1000 G.
Germania, Lebens-V.-G. zu Stettin	13	13 1/2	500 "	"	765 G.
Glabacher Feuer-Vers.-Ges.	5	0	1000 "	"	1007 G.
Kölnische Hagel-Vers.-Ges.	14	0	500 "	"	325 B.
Kölnische Rückvers.-Ges.	12	10	500 "	"	560 B.
Leipziger Feuer-Vers.-Ges.	100	—	1000 "	400%	10800 G.
Magdeburger allg. Vers.-Ges.	5	7 1/2	100 "	100%	360 G.
Magdeburger Feuer-Vers.-Ges.	30	25	1000 "	200%	2600 G.
Magdeburger Hagel-Vers.-Ges.	20	0	500 "	400%	330 B.
Magdeburger Lebens-Vers.-Ges.	6	10	500 "	200%	380 G.
Magdeburger Rückvers.-Ges.	11	11	100 "	100%	610 bz. G.
Niederrh. Güter-Vers.-G. zu Wesel	30	—	500 "	100%	670 G.
Nordstern, Lebens-V.-G. zu Berlin					